Wie der Kommunismus nach China kam – Zum Spanischen Bürgerkrieg

Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistische Theorie und Praxis

Postvertriebsstück 12538, Entgelt bezahlt

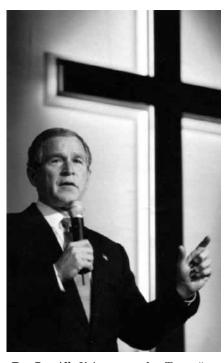
Herbst 2016 Nr. 193, 45. Jahrgang Nürnberg

3,- €

Die Befreiung der Arbeiterklasse muß das Werk der Arbeiter selbst sein!

Abschrecken, rüsten, Krieg führen

Eine Übersicht über 15 Jahre "Antiterrorkrieg" und neue Konfrontationen





Der Begriff "Krieg gegen den Terror" wurde während seiner Amtszeit benutzt um u.a. den Afghanistan-Krieg zu rechtfertigen: der ehemalige US-Präsident George W. Bush

er NATO-Gipfel am 8./9. 7. in Warschau und unmittelbar danach die Vorlage des neuen "Weißbuch zur Sicherheitspolitik und Zukunft der Bundeswehr" am 13. 7. durch die CDU-Verteidigungsministerin von der Leyen, geben Auskunft über den gegenwärtigen Standort des Bündnisses und oberste Leitlinien deutscher Militärpolitik. Das neue Weißbuch (WB), erstmals nach zehn Jahren wieder unter einer schwarz-roten Regierung vorgelegt, trägt gewandelten Bedrohungs- und Herausforderungswahrnehmungen des Westens Rechnung. Als eine Art zivil-militärische PR- und Diskussionsplattform steht es neben den konkreteren "Verteidigungspolitischen Richtlinien" von 2011 moderierend und vermittelnd im Schnittpunkt von Militär, Poli-

tik und Gesellschaft. Es soll nach eigenem Verständnis die Ziele und Inhalte deutscher Sicherheitspolitik angeben, die Handlungsfelder der deutschen Regierung und Maßnahmen der (militärischen) Interessensumsetzung benennen und gleichzeitig einen engeren Kontext des Militärischen zum Zivilen herstellen. Anders als noch 2006 wurde das WB nicht nur parlamentarisch zur Kenntnis genommen, sondern diesmal dem Kabinett vorgelegt und von ihm verabschiedet, was wohl seine größere Verbindlichkeit unterstreichen soll.

"Mehr Personal – mehr Waffen – mehr Geld!"

So überschreibt Andreas Seifert in seinem Artikel zum WB in *Ausdruck* 4/2016 die Folgerungen von dessen erstem Analyseteil für die Bundeswehr. Das WB bleibt auch in diesem Teil eher vage, lässt Formulierungsspielraum. Beteiligte Betroffene wie Bundeswehrverband oder Rüstungs-

Fortsetzung auf Seite 3

Inhalt

21111att	
Abschrecken, rüsten, Krieg führen	S. 1
Geht der progressive Zyklus in Lateinamerika zu Ende?	S. 9
Wie der Kommunismus nach China kam – Teil 2	S. 17
Tschechien vor der Wahl	S. 21
Zum Spanischen Bürgerkrieg	S. 22
"Was bleibt? Hilfe für Flüchtlinge" und Kampf "für eine bessere,	
gerechtere und menschliche Ordnung"	S. 28
Leonhard Kossuth: aber der Wagen, der rollt., Rezension	S. 30
Impressum	S. 31

In eigener Sache

Die Landtagswahlen in Mecklenburg-Vorpommern und in Berlin haben den bisherigen Trend bestätigt, der Merkel und die CDU in Bedrängnis bringt. Da die Wahlen kurz nach Redaktionsschluß erfolgten, können wir nicht mehr darauf eingehen. Allgemein ist wohl bemerkenswert, dass Kriegsfolgen in Form von Massenflüchtlingen aus fernen Ländern genügen, um in Europa das Parteiengefüge zu verändern; jetzt auch in Deutschland, obwohl in der Bundesrepublik noch keine wirtschaftliche und soziale Krisensituation herrscht, wie das in den meisten Ländern der Fall ist, wo z.B. eine Jugendarbeitslosigkeit von 40 oder 50 Prozent keine Seltenheit ist. Doch die allgemeine politische Unzufriedenheit, die Krisen der EU sowie die Ausländerfeindlichkeit eines Teils der Bevölkerung haben zum Aufstieg einer neuen, rechtsaußen stehenden Partei, der AfD, geführt, die fast 15 bis 20 Prozent der Wähler hinter sich bringen konnte. Da auch die bayerische CSU ihr hinterherläuft, kann unter Umständen die Regierung Merkel in Frage gestellt werden.

Der Rechtstrend, der ein europäisches Land nach dem anderen erfaßt und der durch die Wahlen in Frankreich und in den USA noch einen besonderen Auftrieb erhalten kann, würde Kräfte an die Schalthebel der Macht bringen, die die Weltlage noch labiler machen würden. In der Frage von Krieg und Frieden wird zwar nach den Interessenlagen der herrschenden Klassen entschieden, doch über die Zweckmäßigkeit und die Erfolgsaussichten kriegerischer Maßnahmen herrscht auch beim Spitzenpersonal nicht immer Einigkeit, zumal Rationalität in der Geschichte nicht immer entscheidend war und ist.

Wie brisant die Lage ist, zeigen die offener ausgetragenen Gegensätze innerhalb des westlichen Bündnisses. Wenn Steinmeier, der deutsche Außenminister der Merkel-Regierung, unmißverständlich "Kriegsgeheul und Säbelrasseln" anläßlich des NA-TO-Großmanövers in Polen und im Baltikum anprangert und vor einer Konfrontation mit Rußland warnt, so konnte er sich dies wohl nicht gegen den Willen der Kanzlerin erlauben.

Im Grunde war dies ein Affront gegen die Regierung der USA und gegen die sich immer aggressiver gebärdende NATO-Spitze. Die Befürchtungen der deutschen Regierung müssen also erheblich und berechtigt gewesen sein. Übrigens ist die deutsche Bourgeoisie längst der verhängten politischen und wirtschaftlichen Strafmaßnahmen gegen Rußland überdrüssig, da auch die deutsche Ausfuhr darunter leidet.

Die Aufrüstungspolitik des Westens und die Manöver und Truppenstationierungen vor Rußlands Haustüre sind eine bewußte Provokation. Die Gefährlichkeit dieses verantwortungslosen Vabanquespiels wird untermauert mit offener Kriegshetze amerikanischer Militärführer. Wie der "Spiegel" berichtete, äußerte kein geringerer als General Philip Breedlove, bis Mai Oberbefehlshaber der NATO und der US-Truppen in Europa, die USA seien bereit, "falls nötig", Rußland in Europa "zu bekämpfen und zu besiegen". Andere hohe amerikanische Militärs bestätigten, dass (zum Besiegen) auch der Einsatz von Atomwaffen gehöre. (Gibt es denn da noch Sieger?)

Ein ausführlicher Artikel befasst sich angesichts der drohenden Kriegsgefahren durch eine weltweit fortschreitende Aufrüstung und die "Kriege gegen den Terror" mit dieser gefährlichen Entwicklung.

Auch für viele Linke ist die "Volksrepublik" China eine Sphinx; die Ansichten über deren politischen Charakter gehen weit auseinander. Von der Entstehungsgeschichte auszugehen, ist oft hilfreich. Wir setzen unsere Reihe dazu fort, die wir vor einem Jahr begonnen haben (Arsti Nr. 189).

Es gab einmal viel Hoffnung auf die Entwicklung in Lateinamerika, wo manche einen "Sozialismus des 21. Jahrhunderts" aufscheinen sahen. Mit Verspätung veröffentlichen wir das aufschlußreiche Referat, das ein Genosse zu diesem Thema bei unserem Münchener Seminar im Mai gehalten hat.

Der Beginn des Spanischen Bürgerkriegs vor 80 Jahren hat nun zu vielen Veröffentlichungen Anlaß gegeben. Wir haben eine eigene, kritische Anschauung dazu. Einige Berichte über die damaligen Geschehnisse und die Einschätzung der politischen Ereignisse haben wir in einem Buch zusammengefaßt, das von uns bezogen werden kann. Dabei geht es unter anderem um die POUM und die Volksfrontpolitik.

Zum 70. Jahrestag hatten wir einen Artikel verfasst, den wir in dieser Nummer nachdrucken. Mit diesem Thema befasst sich auch ein Artikel von Jörg Wollenberg über die Familie Mann und Willy Brandt im Spanischen Bürgerkrieg.

Ein Genosse aus Prag berichtet anlässlich der Kommunalwahlen über die politischen Verhältnisse in der Tschechischen Republik.

Wir laden ein zu unserer Jahreskonferenz, die am 22. und 23. Oktober in Nürnberg stattfindet.

Näheres und Anmeldungen über unsere Redaktionsadresse oder Tel. 0911/5180381

Dort wollen wir uns u.a. mit der innenpolitischen Situation und der angespannten Lage in Europa befassen.

Wir danken wieder allen Spendern und Zahlern. Besonders möchten wir uns bei einem 100jährigen Leser für seine Spende von 150 Euro bedanken.

lobby müssen sich eine Berücksichtigung und Erfüllung ihrer Erwartungen daraus zusammensuchen. So hat der Wehrbeauftragte Hans-Peter Bartels (SPD) schon im Januar in seinem Bericht an den Bundestag einen guer durch die Bundeswehr sich ziehenden Mangel und Bedarf an Personal und Material angemahnt. Im Interview mit ES&T 8/2016 hält er die zu erfüllende NATO-Vorgabe von 2 % des BIP jedes Mitglieds an Ausgaben für Verteidigung und Rüstung für die Bundeswehr in ihrer jetzigen Größe gar nicht für erforderlich. Schon mit 1,4 bis 1,5 gegenüber den aktuell 1,18 % wäre man "im grünen Bereich". Er geht ausgehend von projektierten 36,6 Mrd. Euro für den Militäretat für 2017 (= 6,8 % mehr als 2016) bis 2020 von über 39 Mrd. aus, was seiner Ansicht nach durchaus ausreichen würde (S. 20). Es müssen u. a. komplett neue Sturmgewehre angeschafft werden, vier neue Mehrzweckkampfschiffe MZK 180 in Fregattengröße werden ab 2023 der Marine zulaufen (Kosten: ca. eine Mrd. je Einheit), ein neuer mittlerer und schwerer Transporthubschrauber stehen für alle Waffengattungen auf der Agenda, 100 zusätzliche Leopard 2-Panzer werden "gebraucht", der neue Schützenpanzer "Puma", Panzerhaubitzen, Pionierbauteile und Radfahrzeuge sind in der Anschaffung und das sind nur die dicksten Brocken. Die Diskussion, ob zum Ausgleich des Personalmangels auch BürgerInnen aus der EU als "Söldner" in die Reihen der Bundeswehr aufgenommen werden sollen, ist in Gang gesetzt. Die erwartete und angenommene Bereitschaft von jungen Frauen, im Zug der weiblichen Offnung der Armee, Zeit- oder Berufssoldatinnen in höheren Rängen zu werden, hält sich offenbar sehr in Grenzen, was die Lücken nicht schließen kann. Laut Bartels sollen in den nächsten sieben Jahren zu den jetzigen 185.000 Soldaten zusätzlich 11.500 militärische und zivile Dienstposten geschaffen werden. Um die Probleme mit Rekrutierung und Personalaufwuchs in den Griff zu bekommen, wird derzeit sogar wieder über die Reaktivierung der Wehrpflicht laut nachgedacht, deren "Abschaffung" die Union 2009 der FDP zum Koalitionsgeschenk machte, um sie dann 2011 zunächst "auszusetzen".

Die NATO in Warschau

Ausgerechnet in der Gründungsstadt, die einst dem Gegenbündnis kommunistischer Staaten des "Ostblocks" den Namen gab, versammelten sich unter dem Motto "Abschreckung und Verteidigung" demonstrativ die Repräsentanten der 28 NATO-Staaten. Das sollte nicht zuletzt auch die Bedeutung nach der "Epochenwende" von 1989/90 im Zug der NATO-Osterweiterung nach und nach hinzugekommener neuer osteuropäischer Mitglieder wie Polen, die drei baltischen Staaten, Tschechien, Slowakei, Slowenien, Kroatien, Albanien, Ungarn, Bulgarien, Rumänien an der Sichelflanke zu Russland hervorheben. Als weitere NATO-Aspiranten stehen Moldawien, Ukraine und Georgien auf der Aufnahme-Agenda, Montenegro soll bald 29. Mitglied werden. Damit rückt man ganz dicht an Russlands West- und Südgrenze heran. Die in der Augustnummer der führenden deutschen Militärzeitschrift Europäische Sicherheit & Technik (ES&T) von dem CDU-MdB und Mitglied im Verteidigungsausschuss, Wilfried Lorenz, geäußerte Befürchtung einer "militärischen Einkreisung europäischer Staaten durch Russland" (S. 34), wird durch einen einzigen Blick auf die Landkarte widerlegt. Eindrucksvoll ließ man sich zum Gipfel-Auftakt am Konferenzort von einer Formation von 28 NATO-Kampfflugzeugen verschiedener Nationen, darunter deutsche Eurofighter, überfliegen. Anfang der 90er Jahre war nach Ende der Blockkonfrontation der NATO ihr einigendes Feindbild Warschauer Pakt mit dessen führenden Staaten Sowjetunion und DDR abhanden gekommen. Statt nun die "Friedensdividende" zu nutzen, um durch zivile Bestrebungen, Konflikte politisch durch friedliche Kooperation und Entwicklung zu entspannen und Konfrontationen ohne Militärgewalt und Abschreckungs- und Drohpotenziale zu überwinden, wurde für das kostspielige westliche Bündnis und seine hoch gerüsteten Armeen nach neuen militärischen Aufgaben und Zielen gesucht. Die fanden sich, seit 1994 von vereinigter deutscher Seite höchst verfassungsrichterlich abgesegnet, auch bald in sog. Auslandseinsätzen "Out of Area" anfangs noch exklusiv unter UN-Fahne. De facto wurde damit das ausschließliche Landesverteidigungsgebot und Verbot eines Angriffskrieges juristisch ausgehebelt, was einem Bruch des Grundgesetzes gleichkam. Seit 2001 liegen Deutschland "Grenzen" plötzlich am Hindukusch, in Afrika, im Mittleren Osten oder in Osteuropa. Statt des Antikommunismus aus dem Kalten Krieg fand man ein neues Feindbild in Gestalt eines fundamentalistischen radikalen "Islamismus" und seit den "Luftangriffen" auf das Welthandelszentrum in New York und das US-Pentagon in Washington am 11. September 2001 mit entführten US-Linienflugzeugen eine Rechtfertigung für einen globalen sog. Krieg gegen den Terror. Die NATO operiert dabei eng verbunden mit anderen militärischen Zweckbündnissen.

3

Mobile "360°-NATO" und westöstlicher Manöveraufmarsch

Faktisch wurde die NATO sukzessive vom nordatlantischen Verteidigungs- in ein weltweit operierendes Interventionsbündnis umdefiniert und umfunktioniert. Das Sinn stiftende Stichwort heißt neuerdings neben der 360°-Formel lediglich ausgetauscht nicht mehr "Vorneverteidigung", sondern "Vorne-" oder "erhöhte Vorwärtspräsenz" Das klingt weniger militärisch, ist aber um nichts weniger potenziell offensiv. Dies sieht im Kern so aus, dass am ostmitteleuropäischen NATO-Rand die relativ schwachen Truppen der dort befindlichen Staaten Polen, Litauen, Lettland und Estland insgesamt mit je 1.000 = 4.000 stationierten SoldatInnen aus multinationalen NATO-Bataillonen verstärkt werden. Das ist zwar nicht vereinbar mit der in der NATO-Russland-Grundakte von 1997 festgelegten Verpflichtung, keine fremden NATO-Truppen in osteuropäischen Ländern dauerhaft zu stationieren, wurde aber vor allem von Polen schon beim Gipfel in Wales 2014 als Reaktion auf Ukrainekonflikt und Krim-"Annexion" gefordert. Der daraufhin auf dem Waliser Gipfel auf den Weg gebrachte "Readiness Action Plan" (RAP) findet jetzt seine einzelnen Konkretionen. Die Begrifflichkeit "nicht dauerhaft stationieren" umgeht man mit dem

Kniff, die neue Präsenz als eine Art rotierendes Dauermanöver auszugeben. Die US-Armee stellt zusätzlich eine Kampfbrigade und hat die Führung des Kontingents in Polen. Die Bundeswehr führt mit 600 eigenen Soldaten das gemischte Bataillon in Litauen an, kanadische und britische Truppen sind federführend in Lettland und Estland. Es bedeutet auch die verstärkte Anwesenheit von NATO-Kriegsschiffen in der dortigen Seeregion und patrouillierender deutscher Luftwaffe jenseits der Memel sowie von NATO-AWACS-Aufklärern mit zu einem Drittel deutschem Militärfachpersonal über dem Baltikum. Mögliche gefährlich nahe Begegnungen in der Luft mit russischen Kampfjets sind da programmiert. Noch bis kurz vor dem Gipfel fanden im 1. Halbjahr mehrere größere NATO-Manöver wie "Anakonda" mit 30.000 polnischen Soldaten unter Beteiligung eines deutschen Panzerpionierbataillons und an der Südflanke in Georgien "Agile Spirit" u. a. zusammen mit US-Soldaten, bulgarischen, rumänischen und lettischen sowie ukrainischen und georgischen Truppenteilen statt, obwohl letztere beide noch gar nicht der NATO angehören. Dahinter stehen als treibende Kräfte vor allem die USA und Polen. Selbst dem deutschen Außenminister Steinmeier ging dieses massierte Säbelgerassel flankiert von zahlreichen weiteren Armeeübungen in kritischen Äußerungen zu weit. Russland wiederum konterte und demonstrierte Kampfbereitschaft mit im südlichen Wehrbezirk Krim und angrenzend an die Ostukraine abgehaltenen Manövern "Kaukasus 2016" mit 12.500 Soldaten. Russland kündigte 2016 an, drei Divisionen mit zusammen 30.000 Mann an seine Westgrenze zu verlegen. Es wäre für westliche Militärbeobachter überdies ein Leichtes für Russland, trotz der dort jetzt vorwärtspräsenten NATO-Bataillone mit eher symbolisch-demonstrativem Charakter in 18 bis 30 Stunden das gesamte Baltikum zu überrennen. Das wiederum führt zu Konsequenzen für die NATO-Nuklearstrategie, einen Einsatz gegen russische konventionelle Uberlegenheit nach altem Muster wie vor 35 und mehr Jahren notfalls mit Atomwaffen zu erwägen. So ist auch zu erklären, dass westliche Hardliner

wie Richard Shirreff, 2011 bis 2014 stellvertretender NATO-Oberkommandeur in Europa, in seinem Buch 2017 War with Russia argumentiert, es sei zwar nicht zwingend, aber "sehr wahrscheinlich", dass es zu einem Atomkrieg mit Russland komme. Ihm zur Seite gesellte sich im Vorwort des Buches James Stavridis, 2009-2013 NATO-Oberkommandierender, mit der Aussage: "Unter Präsident Putin hat Russland einen gefährlichen Kurs eingeschlagen. Sollte es ihm erlaubt werden, damit fortzufahren, wird dies zwangsläufig zu einer Kollision mit der NATO führen. Und das wird einen Krieg bedeuten, der schnell auch atomar geführt werden könnte." (zit. nach Ausdruck, IMI-Magazin, Ausgabe 4/August 2016, S. 20). Nun weiß man auch, wozu US-Atomwaffen modernisiert werden. Doch auch Russland überlegt sich eskalierend seinerseits atomare Ersteinsatz-Optionen gegen "westliche Übermacht". Man will gleichwohl vor allem von deutscher Seite die Tür für Moskau noch offenhalten und so bemühte Merkel sich noch vor dem Warschaugipfel um eine Zusammenkunft des NATO-Russland-Rats, die nach zweijähriger Frostpause am 20. April erstmals wieder in Brüssel stattfand. Das kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass nach dem Prinzip reden und rüsten der demonstrative Ton gegenseitig rauer geworden ist und statt Kooperation die Zeichen wie zu Zeiten des Kalten Kriegs auf Konfrontation stehen. Weitere Weichenstellungen in Warschau betrafen die verlängerte Präsenz im Rahmen von "Resolute Support" in Afghanistan, wo neben 8.400 US-Soldaten auch 900 Bundeswehrsoldaten zur "Trainingsmission" vor Ort stationiert bleiben. Hinzu kommen eine intensivierte Verständigung über neue Bedrohungen wie Cyber-War und "hybride Kriege" und ein beschlossenes verstärktes maritimes NATO-Engagement im Mittelmeer zur Seeraumüberwachung im Verbund und zur Unterstützung der FRONTEX-Grenzsicherung der EU ("Standing NATO-Maritime Group 2" in der Ägäis unter deutscher Führung); "Operation Active Endeavour" und "Operation Sophia" vor Libyen. Als Beiwerk sozusagen dazu wird weiterhin die Seenotrettung von

Bootsflüchtlingen angesehen und betrieben.

Kampfbegriff

Der "Antiterrorkrieg" bezeichnet weniger ein reales umgrenztes Geschehen auf Kriegsschauplätzen (asymmetrische und sog. hybride, d. h. kombinierte Kriege), sondern ist zunächst ein ideologischer Kampfbegriff der Herrschenden. Unter und mit ihm lassen sich verschiedene militärische Aktivitäten und verabredete Strategien summieren und begründen. Es gilt die "Guten" von den "Bösen" zu unterscheiden. Er ist als Formel Teil der Strategie vor allem des kapitalistischen Westens, wann und wie immer mit seinen Streitkräften überall auf der Welt präsent zu sein (zu "intervenieren"), seine Interessen wahrzunehmen, Einflusszonen zu sichern und erweitern und Ziele durchzusetzen. Interessen wie die Sicherung von maritimen Welthandelswegen, der ungehinderte Zugriff auf Rohstoffe und das Ziel, den neoliberalen Welthandel in weiträumigen Freihandelszonen mit den von den Wirtschaftsmonopolen erwarteten optimierten Gewinnspannen abzusichern. Alle politischen Kräfte und militanten Tendenzen, die sich dem in den Weg stellen oder im Weg sind, bekommen den Unwillen und die abgestufte Reaktion von "Koalitionen der Willigen" zu spüren, von politischem Druck, materiellen Sanktionen bis hin zu "Militärschlägen". Sei es im Afghanistankrieg, seien es die beiden Irakkriege unter Führung der USA und Großbritannien, seien es militärische "Interventionen" direkt oder indirekt durch stellvertretende Verbündete in Ländern wie Somalia, Libyen, Syrien oder Mali. Es ist geradezu Mode geworden, wie auch das Beispiel des NATO-Mitglieds Türkei im Krieg gegen das kurdische Volk im eigenen Land, im Norden von Syrien und im Nordirak zeigt, eigenes aggressives Interventionshandeln unter dem Begriff "Krieg gegen Terror" zu deklarieren und rechtfertigen. Groteskerweise kommen dabei sogar NATO-Mächte einander ins Gehege, wie das Beispiel der jüngsten Offensive türkischer Truppen in Nordsyrien zeigt. Dort unterstützen die USA bisher auch Verbände kurdischer Selbstverteidigungsmilizen, die jetzt von der türkischen Armee bekämpft werden, um sie bis östlich des Euphrat zurückzudrängen und so ein zusammenhängendes Kurdengebiet zu verhindern. Man kann gegen "Terrorismus" keinen militärischen Frontenkrieg führen ohne nicht die Zivilbevölkerung erheblich mitzutreffen. Man nehme nur das Beispiel des sog. Kunduz-Massakers im September 2009, an dessen Ausführung die Bundeswehr maßgeblich beteiligt war und bei dem es nachweislich zu über 120 meist zivilen Toten (menschliche "Kollateralschäden") kam.

Bilanz: Verheerend

Der seit 15 Jahren weltweit geführte "Antiterrorkrieg" des Westens kann mit einer erschreckenden Bilanz von mehreren zehntausend bis hunderttausend Toten (alles "Terroristen"?), hunderten Milliarden Dollar an Kosten, Zerstörung ganzer Städte, örtlicher und regionaler Infrastrukturen aufwarten. Er führte weder zu einem Ende des Terrorismus noch zu dessen Eindämmung oder Kontrolle, im Gegenteil. Von Zeit zu Zeit werden wie jüngst "Erfolge" gemeldet wie die Rückeroberung der irakischen Großstadt Falludscha nicht weit westlich von Bagdad, die zuvor schon 2004 während der USgeführten "Operation Phantom Fury" gegen aufständische sunnitische Rebellen erheblich zerstört wurde. Jetzt mussten die schwarzen Milizen des IS unter dem Druck der vorrückenden irakischen Armee und US-Bombardements diese Bastion wieder räumen, nicht ohne einzelne Stadtviertel durch Sprengfallen noch für längere Zeit unbewohnbar zu hinterlassen. Für die Zivilbevölkerung führte der Antiterrorkrieg zu ungeahnten gewaltsamen Eskalationen und Gefährdungen, vor allem aber zu einer beispiellosen Fluchtbewegung von Millionen in und aus den betroffenen Ländern von den Peripherien in die Mitte Europas. Seit Anfang 2015 starben über zehntausend Flüchtlinge allein bei Überfahrten auf dem Mittelmeer. Es ist kein Geheimnis, dass mit westlichen Interventionen und initiierten Stellvertreterkonflikten auch eine destabilisierende Strategie des "Regimechange" unliebsamer Staaten und ihrer Regierungen verfolgt wird. Der Widerstand in jenen Ländern hat und sieht nur noch die Möglichkeit, sich weltweit mit terroristischen Mitteln zur Wehr zu setzen. Das muss so drastisch festgestellt werden, bei aller Ummäntelung dieses Terrors durch extremistische religiöse Ideologie und regionales Hegemoniebestreben, um wie im Fall des Islamischen Staats ein zusammenhängendes anachronistisches Kalifat zu schaffen. Es ist eine Gegenwehr aus dem Sumpf der "Verdammten" und "Vertriebenen", beginnend schon mit den Folgen der Kriege in Nahost/Palästina seit 1948 und sich fortsetzend in der religiösislamischen Revolution 1979 im Iran. die das autokratisch-reaktionäre, westlich orientierte Schah-Regime beseitigte, erstmals nach Ägypten zur Zeit Nassers wieder den westlichen Einfluss aktiv zurückdrängte und so für viele dort Lebende das Blatt für den Islam wendete und seiner aggressiv-militanten Variante ideologischen Auftrieb verlieh. Seit 1998 hat mit Pakistan erstmalig ein islamischer Staat die Atombombe. während sich der Iran nach wie vor an der Schwelle dazu befindet. Von da führte der "Nukleare Express" der Verbreitung atomaren Know-hows bis nach Nordkorea. Der Westen, vor allem die USA, hetzten ihren aufgerüsteten Vasallen Irak mit Saddam Hussein in den 1980er Jahren in einen mehrjährigen Abnutzungskrieg, den ersten Golfkrieg, gegen das iranische Mullah-Regime. Der 11. September 2001 folgte erst lang danach. Als dies absehbar nicht zum gewünschten Ergebnis für den Golfpotentaten führte, besetzte er den kleinen, aber reichen Ölstaat Kuwait, um sich wenigstens an dessen Ölquellen schadlos zu halten. Damit hatte er aber den Bogen überspannt und bedrohte gleichzeitig die mächtigen Olfelder Saudi-Arabiens, was die USA als dessen engen Verbündeten auf den Plan rief. Das wurde zum Anlass für den darauf folgenden zweiten Golfkrieg 1991/92, um ihn zunächst militärisch in die Schranken zu weisen. Im dritten Golfkrieg 2003 schließlich wurde Husseins Herrschaft beendet und der Irak weitgehend zerschlagen. Die Geburtsstunde eines sich seither in einem sog. Islamischen Staat formierenden und konzentrierenden Kriegsterrors. Es ist wie mit einer

vielköpfigen Hydra, schlägt man ihr einen Kopf ab, wendet sich dem Angreifer ein neuer zu. Einen anderen jahrzehntelangen Störenfried und unberechenbaren Regionalpotentaten, al-Gaddafi in Libyen, wurde man im Zuge eines vor allem französisch/ US-amerikanisch ausgeführten Militärluftschlags während der übergreifenden Unruhen des "Arabischen Frühlings" 2011 los, die in Libyen rasch bürgerkriegsartig eskalierten. Dadurch wurden al-Gaddafis Revolutionsgarden als seine letzte militärische Hausmacht so gut wie ausgeschaltet, der Weg, ihn zu liquidieren, frei. Das seither in Bürgerkriegszonen gespaltene Land war vom Westen in eine staatsfreie "Transitzone" für den Flüchtlingsdurchzug zum Mittelmeer freigebombt worden, in der sich Schlepperbanden einnisten und ungestört ihr schmutziges Schleusergeschäft mit der Flucht organisieren

Soziale Basis

Es gibt im Umfeld der sich gegen den Westen richtenden islamistischen Kräfte eine soziale Basis für den IS und andere Gewalt übende Vereinigungen wie Boko Haram (Nigeria), Al-Nusra-Front oder Al Queida. Sie existiert im Irak und in Syrien genauso wie in Ländern des Maghreb, Libyen, Agypten, Sudan, Mali, Somalia und Israel (Gaza, Westbank) und inzwischen vermehrt auch in einigen westeuropäischen Ländern wie Frankreich, Belgien und Großbritannien. Vermutlich auch in deutschen Salafistenkreisen, aus denen sich zunehmend terroristische Kämpfer und Zellen rekrutieren. Wer als einzelner Palästinenser Israel oder seine StaatsbürgerInnen angreift, für den wird multiplizierte Vergeltung geübt, das eigene Haus zerstört, die Familie in Sippenhaft genommen, ganze Bevölkerungsteile in den Autonomiegebieten werden auf unbestimmt der zusätzlichen Kollektivrepression unterworfen. In einem Streifen von Nordafrika über das Horn von Afrika, Mittelost bis Vorderasien erstreckt sich ein brennendes Band, gekennzeichnet von teils schweren politischen Unruhen und Konflikten, destabilisierten Staaten und Bürgerkriegen, wovon derzeit neben der Atomnachrüstung und neuen Konfrontation mit Russland mit die größte Bedrohung für den Weltfrieden ausgeht. Seriöse PublizistInnen und Islam-KennerInnen wie Michael Lüders oder Karin Leukefeld beschreiben und analysieren in ihren Büchern Wer den Wind sät. Was westliche Politik im Orient anrichtet (2015) oder Flächenbrand. Syrien, Irak, die Arabische Welt und der Islamische Staat (2015) die wahren Ursachen und Zusammenhänge. Der aktuelle Vorschlag deutscher Friedensforschungsinstitute, die ein jährliches Friedensgutachten (Mai 2016) erstellen, vermehrt auf den Ausbau von UN-Friedensmissionen zu setzen, mutet eher etwas rat- und konzeptionslos an. UN-Blauhelme haben sich mit wenigen Ausnahmen bislang nicht gerade mit pazifistischem Ruhm bekleckert, in Srebrenica 1995 versagten sie komplett. Im Sudan/Südsudan sind Blauhelmkontingente der Afrikanischen Union derzeit so gut wie wirkungslos und werden selbst zahlreicher gewalttätiger Übergriffe auf die Bevölkerung beschuldigt.

Spannungen und Krisen weltweit: Pazifikregion – China – Indien – Japan

Doch nicht alles lässt sich derzeit mit den Erfordernissen eines "Antiterrorkampfes" ausreichend beschreiben, was geostrategische Aspekte trägt. Dazu gehören die neue Konfrontation zwischen NATO und Russland ebenso wie die mehr als nur Geplänkel z. B. im ost-, vor allem aber südchinesischen Meer um eine Reihe unbedeutend erscheinender Insel-Archipele zwischen China und mehreren Anrainerstaaten wie Malaysia, Philippinen, Vietnam, Japan (und den dahinter stehenden USA), die darauf Gebietsansprüche erheben. Es werden dort größere Erdöl-/ Erdgasvorkommen unter dem Meeresboden vermutet und China baut in dem genannten südlichen Seegebiet seit längerem beanspruchte Riffe systematisch zu Militärbasen aus. Zum Bedrohungspotenzial zählen auch die Spannungslage zwischen Nordkorea, das immer wieder mit seinem atomaren Raketensäbel rasselt, Japan und den USA und die atomare Rolle von China und Indien. Im pazifischen und süd-/ostasiatischen Raum sind China und Indien die mit großem Abstand umfassend aufrüstenden See- und Regionalmächte mit Atomträgern, Atom-U-Booten und See gestützten atomaren Mittel- und Langstreckenraketen mit jeweils einem eigenen militärisch-industriellen Komplex als Motor. Die früher neben gewahrter Neutralität traditionell sowjetische, danach russische Anlehnung Indiens wird derzeit gerade unter "sanftem" US-Druck versucht, auf eine stärkere Ausrichtung auf die USA als künftigem Partner umzulenken. Durch die Lieferung moderner Kernreaktoren wollen die USA den Fuß mehr in die indische Tür bekommen. Bis jetzt sträubt sich die indische Politik noch dagegen, will sich auch nicht zu angeregten gemeinsamen US-indischen Seepatrouillen "einladen" lassen. Zu sehr hängt Indien mit Zulieferung und Forschungskooperation noch vom russischen Tropf ab. Indien ist historisch Rivale zu China und steht auf Kriegsfuß mit seinem westlichen Atomkonkurrenten Pakistan, von dem sich die USA wegen dessen engen Beziehung zu China zunehmend abwenden. China ist nach den USA und Russland drittgrößter Rüstungsexporteur, dessen Waffenausfuhren zwischen 2011 und 2015 um 88 % zunahmen, vor allem in Länder Afrikas und Asiens, womit sich natürlich auch Wünsche nach entgegenkommenden Leistungen (Handel, Stützpunkte) verknüpfen. Allein etwa 71 % der Waffenlieferungen gehen nach Pakistan, Bangladesh und Myanmar (Zahlen zit. nach Die Zeit vom 21.7.2016). Japan rüstet gegenwärtig seine Flotte mit Reichweiten vergrößernden Trägerkomponenten auf (indem es von der Verfassung nicht erlaubte Hubschrauberträger als Zerstörer ausgibt). Es gedenkt sich unter seinem extrem rechtsnationalen Premier Abe von seiner "pazifistischen" Verfassung durch deren Änderung (Abschaffung) zu verabschieden, in der bisher in Art. 9 ein Kriegsverbot verankert ist, und wendet sich einer offensiven Militärdoktrin für Auslandseinsätze zu. Damit einher geht die Lockerung von Rüstungsexportbeschränkungen, sofern ausgeführte Waffen "dem Frieden dienen". Japan betreibt eine eigene zivile Raumfahrt mit Trägerraketen und Kommunikations- und Militärsatelliten im All und hat eine Mittelstreckenrakete entwickelt, die mit atomaren Komponenten versehen werden kann.

Deutsche "Verantwortung" im internationalen Kräftespiel

Das vor allem von Linken vorgetragene Argument von Deutschland als (wieder) zur Weltmacht strebendem Staat verkennt zwei Dinge: 1. ist Deutschland politisch und ökonomisch längst eine zumindest europäisch tonangebende Führungsmacht und 2. fehlt es der umspannenden Weltmachtoption eindeutig an militärischer Unterfütterung und Schlagkraft. Der Publizist Jörg Kronauer sieht in seinem Buch Allzeit bereit. Die neue deutsche Weltpolitik und ihre Stützen (2015) eine Kampagne auch unter Beteiligung des Bundespräsidenten Gauck am Werk "für eine neue deutsche Weltpolitik". Die Debatte um die Zukunft der deutschen Außenpolitik würde maßgeblich befördert durch deutsche Think-Tanks wie German Marshall Fund (GWF) und Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin (SWP), die auch die Bundesregierung berät, Das hier gehandelte offizielle Stichwort in vielen PolitikerInnenreden und auch im Bundeswehrweißbuch der "gewachsenen Verantwortung" heißt übersetzt, mehr Führungsanspruch auf Einfluss, Einmischung und Kontrolle. Kronauer identifiziert "Bestrebungen Berlins, nach Möglichkeit auf Augenhöhe mit den USA zu gelangen, um den Durchbruch Deutschlands zur offen dominierenden Macht in der EU" zu erreichen. Deutschland benutze dabei die EU als Mittel zur Weltmacht, den europäischen Einigungsprozess als Weg zur Parität mit den USA (zitiert nach pravda-tv.com). Kronauers Analyse, der in diesen Punkten zuzustimmen ist, mangelt es jedoch an der Berücksichtigung militärischer Faktoren, denen er sich in seinem Buch nicht weiter widmet.

Deutsche Kriegsbeteiligung und Militärfähigkeit

Deutschland ist nach der Teilnahme am Afghanistankrieg, wo seine SoldatInnen wieder das Kämpfen im Verbund lernten, weiter aktiv am Antiterrorkrieg beteiligt: durch den zeitlich befristeten Einsatz von Patriot-Raketenabwehreinheiten im Südosten der Türkei, Aufklärungstornados im syrischen Luftraum ("Counter Daesh" mit 430 deutschen Soldaten), hoch spezialisiertes Personal in AWACS-Aufklärern in der Türkei, eine Fregatte der Bundesmarine zur Seeüberwachung vor der Küste Libanons und Syriens, patrouillierende Kriegsschiffe vor Libyens Küste und gegen Seepiraten am Horn von Afrika sowie (bis zu) 650 in Mali stationierte Soldaten. Ferner durch ausbildende Militärberater in Kriegs- und Krisenregionen Afrikas (Somalia, Südsudan), im Irak und in Afghanistan und Lieferungen "leichter Waffen" und Munition an "gute Verbündete" in Spannungsund Konfliktgebiete (Bsp. kurdische Peschmerga im Nordirak). Militärstrategisch kann Deutschland in der Welt zwar nur bedingt mithalten, versucht vielmehr im Militärverbund der NATO eine führende Teil-Rolle einzunehmen, der freilich auch Grenzen gesetzt sind. Maßgeblicher Rückhalt jeder Weltmacht wäre eine starke Marine. Die deutsche Marine verfügt zwar über eine Reihe modernster Fregatten, Korvetten, konventioneller U-Boote und Einsatzgruppenversorger mit großer Reichweite, doch anders als die britische und französische weder über Flugzeug- noch Hubschrauberträger für Ferneinsätze noch eine Flotte von Atom-U-Booten, das militärische Rückgrat bisher noch jeder Weltmacht auf nuklearer Basis. Gemessen daran, dass die Bundesmarine keine eigenen Küsten mehr zu verteidigen hat, ist der Anteil von künftig bis zu 22 größeren Kriegsschiffen dennoch hoch. Die im Zug der "Neuausrichtung der Bundeswehr" (Konzept HEER2011) gebildeten schnellen Eingreifverbände des Heeres (Division Schnelle Kräfte) unter Einschluss holländischer Elitebataillone und der Krisenspezialkräfte (KSK), die auch in Afghanistan zum Einsatz kamen, stellen als eine von drei Heeresdivisionen mit etwa 10.000 ständig einsatzbereiten SoldatInnen den Kern der Bundeswehr als "Armee im Einsatz" dar. Sie hat mit dem neuen viermotorigen A400M (45 Stück) jetzt einen leistungsstarken strategischen Militärtransporter, der doppelt soviel Last über die doppelte Reichweite schneller als der veraltete taktische Transall-Transporter befördern kann. Ein kleinerer taktischer Militärtransporter, dessen schnelle Anschaffung von mind. 10 Maschinen aus vorhandener ausländischer Produktion (USA, Brasilien oder Italien) erwogen wird, soll die pannenbedingte Verzögerung bei der A400M-Auslieferung überbrücken und dessen Kapazität ergänzen, da sich inzwischen herausgestellt hat, dass das schwere Flugzeug mit seinen großen Ausmaßen (militärisch: "Fußabdruck") sich nicht für alle neuen flexiblen Bedarfe und fliegerischen Erfordernisse problemlos eignet. Deutsche Eliteeinheiten sollen auch Kräfte für die NATO Response Force und EU-Battlegroups bereitstellen. Die Marine verfügt zusätzlich zum SEK M (Kampfschwimmer vom "Seals"-Eliteformat) über das seit 2014 aufgestellte 800 Soldaten starke KSK-"Seebataillon", die ersten echten deutschen "Marineinfanteristen" nach 1945. (Zur genauen militärischen Stärke der Bundeswehr siehe ausführlich den Beitrag in Arbeiterstimme Nr. 184/2014, Seite 25-30).

Frankreich, Großbritannien

Deutschland kann seine "Weltpolitikpläne" militärisch nur im gezügelten paritätischen NATO-Rahmen verfolgen. Es wäre daher zutreffender, von einer angestrebten deutschen Führungsrolle im Rahmen eines EU-Weltmachtanspruchs zu sprechen. Anderes würden verbündete, d. h. vor allem französische und britische Interessen gar nicht zulassen. Das ist eine Tatsache ungeachtet der unter Ministerin von der Leyen beabsichtigten Aufrüstung in einer Dimension von 130 Milliarden Euro bis zum Jahr 2030. Frankreich und Großbritannien investieren bei deutlich geringerer Bevölkerungszahl und schwächerem Bruttoinlandsprodukt (BIP) fast ein Fünftel (Frankreich mit 1,9 % vom BIP) bis knapp das Doppelte (Großbritannien mit 2,4 % vom BIP) mehr in ihre Militäretats als die BRD (34 Mrd. = 1,2 % vom BIP). Damit hinkt die BRD auch der NA-TO-Zielvorgabe von 2 % hinterher, wobei beim jüngsten Gipfel Merkel die Zusage machte, diese künftig zu erfüllen.

Russland, USA

Russland konnte trotz wirtschaftlicher Einbrüche durch die Krise 2008 und Produktions-Stagnation aufgrund des Verfalls des Erdöl- und Erdgaspreises sowie seiner Abhängigkeit vom Rohstoffexport während Putins dritter präsidialer Amtszeit seit 2012 strategischen Boden gutmachen. Es erhöhte seine Militärausgaben in den vergangenen zehn Jahren stetig auf das Doppelte, von 2005 noch 43,6 auf 2015 91,08 Mrd. Dollar (de.statista.com). Russland trat an seiner westlichen Grenze mit dem nationalen Anschluss ("Annexion") der als Seestützpunkt geopolitisch bedeutenden Krim 2014 sowie der Unterstützung separatistischer russischer Kräfte im bewaffneten Konflikt in der Südostukraine der NATO-Osterweiterung entgegen. Russland kann militärisch wiedererstarkt binnen weniger Tage mehrere tausend Soldaten an seine Westgrenzen mobilisieren. Konkret bedroht fühlt sich Russland vom in Polen und Rumänien installierten strategischen US-Raketenabwehrschirm (mit Befehlszentrale in Ramstein/Rheinland-Pfalz), der Russlands atomare Zweitschlagsfähigkeit unterläuft. Mit seinem militärischen Auftreten als Verbündeter des al-Assad-Regimes im syrischen Bürgerkrieg mischte sich Putin aktiv in den Antiterrorkrieg ein, pochte auf seinen einzigen Marinestützpunkt im Mittelmeer im syrischen Tartus, errichtete bei Latakia einen zusätzlichen Luftwaffenstützpunkt und unterstrich seinen Anspruch auf eine neue Rolle als weltpolitischer Akteur. In Russland allerdings auf der Weltbühne außenpolitisch eine "antiimperialistische Kraft" gegen die USA zu sehen, wie es z. B. einige Vertreter der DKP gerne sähen, ist eine völlige Verkennung der russischen Rolle und Ziele. Die gegenseitigen Sympathien von Putins neuem Imperium und europäischen Rechtspopulisten wie dem Front National, UKIP (GB) oder der deutschen AfD sind zu augenfällig.

Unter der zu Ende gehenden 2. Regierung Barack Obama haben die USA (Militärbudget 5 % vom BIP; ca. 625 Mrd. Dollar = 40 % der Weltmilitärausgaben) eine Verschiebung ihrer Hauptpräsenz vom atlantischmittelmeerischen auf den pazifischen Raum vorgenommen. Europäische NATO-Mächte, darunter vor allem Großbritannien, Frankreich und die BRD, sollen hier verstärkt entlastendes Engagement zeigen und sich mehr einmischen. Nach wie vor sind die USA mit elf Atomflugzeugträgerflotten auf nahezu allen Weltmeeren präsent. Sie sind neben ihrer großen nuklearen U-Boot-Flotte und den strategischen Atombombern das kostspielige militärische Rückgrat ihrer Weltmacht, dessen Unterhalt allein elf Mrd. Dollar jährlich verschlingt. Die USA müssten "überall auf der Welt führen", so der Friedensnobelpreisträger Barack Obama und Ziehsohn des USA-Weltmacht-Strategen Zbigniew Brzezinski in einer Ansprache 2014 vor Kadetten der Eliteakademie Westpoint. Beflissen erklärte gerade im Juni US-Verteidigungsminister Ashton Carter auf seine große Zahl Verbündeter und Partner dort bauend, dass das US-Militär trotz massiv betriebener Modernisierung der chinesischen Streitkräfte "auf Jahrzehnte hinaus" die Oberhand im asiatisch-pazifischen Raum wahren werden (zit. nach ES&T, 8/2916). Man sieht sich durch die wirtschaftliche Expansion Chinas und seine konventionelle wie atomare Aufrüstung herausgefordert, sich als pazifische Ordnungsmacht mit Verbündeten wie Australien, Neuseeland, Taiwan, Südkorea und Japan an der Seite dem entgegenzustellen. Im Nordosten Australiens wird zur Zeit ein US-amerikanischer Militärstützpunkt mit 2.500 SoldatInnen errichtet. Gemeinsam mit den genannten Verbündeten wird eine abgestufte ökonomisch-militärische Strategie der "Eindämmung" (AFTA-Freihandelszone) verfolgt und gegenüber China ein militärischer Abwehrschirm errichtet. Auf die USA und Russland entfällt derzeit das Gros von 90 % der noch immer rund 16.000 bereitgehaltenen Atomsprengköpfe.

Deutsche Rüstungsexporte

Deutschland ist wie die Niederlande, Belgien, Italien und Türkei lediglich von den USA kontrollierter atomarer Teilhaberstaat (20 von 180 US-Atomsprengköpfe in Europa lagern unter US-Verschluss in Büchel, einsetzbar von deutschen

Tornado-Kampfbombern aus). Die Übungskapazitäten der Bundeswehr in Manövern wurden noch unter den Verteidigungsministern Scharping bis de Maizière, als der "Sicherheitspartner" Russland kein erklärter Feind im Osten mehr zu sein schien. kein Warschauer Pakt mehr existierte, immer weiter zurückgefahren. Schweres Gerät, vor allem Leopard 2-Panzer und der alte Schützenpanzer Marder, wurden reihenweise eingemottet oder ins Ausland (Polen, Türkei) verkauft. Von ehedem noch 4.600 Panzern im Kalten Krieg, sind gerade noch 220 übrig geblieben, deren Bestand jetzt wieder um 100 erhöht werden soll. Der geplante Verkauf von 200 Leopard 2 an Saudi-Arabien wurde 2015 wegen der akuten Krisenlage (Saudi-Arabien im Krieg mit der Fraktion der Huthi-Rebellen im Jemen) zunächst gestoppt. Das kleine Ölscheichtum Katar mit nicht einmal 1 Mio. Einwohnern, das im jemenitischen Bürgerkrieg mit 1.000 Soldaten Unterstützer auf Seiten des Golf-Kooperationsrates zugunsten des vertriebenen ehemaligen Präsidenten Salih ist, soll aufgrund einer Vereinbarung noch aus schwarz-gelben Koalitionszeiten 2013 62 Leopard 2-Kampfpanzer und 24 Panzerhaubitzen erhalten (Wert: 2 Mrd. Euro). Da bei Ausfuhrstopp eine empfindliche Schadensersatzklage des Panzerbauers Krauss-Maffei droht, bleibt Rüstungs-Wirtschaftsminister Gabriel wohl nichts anderes übrig als zuzustimmen. Der deutsche Rüstungsexport (5. Position im Weltranking) ist wieder deutlich angestiegen, von 2014 3,87 Mrd. auf 2015 7,86 Mrd. Euro.

Friedensbewegung totgeschwiegen

Von den bedeutenden bürgerlichen Medien und bekannten populären TV-Talkrunden wird die Friedensbewegung hierzulande weitgehend ignoriert und links liegen gelassen. Der Frieden wird sowohl als Theorie, wie politische Strategie wie als Wissenschaft der Friedens- und Konfliktforschung totgeschwiegen. Es existiert von den beiden bestehenden Bündnissen Bundesausschuss Friedensratschlag (Kassel) und Kooperation für den Frieden

(Bonn) mit weit über hundert Gruppen, Initiativen und Organisationen ein Katalog ständig ergänzter und überarbeiteter Schwerpunkte, Themen- und Länderdossiers, an denen sich Friedenspolitik, so es aus Berlin eine gäbe, alternativ orientieren könnte. Für die mitregierende SPD ist Friedenspolitik gerade in Zeiten Großer Koalition kein Thema. Die zur liberalen BürgerInpartei mutierten Grünen haben sich bis auf Reste um MdB Ströbele schon lange aus dem Spektrum der Friedensbewegung verabschiedet. Statt wie früher noch ein friedenspolitisches gibt es nur noch ein verteidigungspolitisches SprecherInnenamt. Im Verteidigungsausschuss des Bundestages nicken grüne VertreterInnen die Rüstungsvorhaben der Bundeswehr zumeist unkritisch ab und im Bundestag stimmt eine Mehrheit grüner Abgeordneter beschlossenen Militäreinsätzen meistens zu. Einzig die oppositionelle Partei Die Linke erweist sich noch als parlamentarische Fürsprecherin von Friedens- und Antikriegspositionen. Derzeit wird von Friedensorganisationen gemeinsam für den 8. Oktober eine zentrale Demonstration in Berlin vorbereitet (www.friedensdemo.de), die unter dem Aufruf "Die Waffen nieder - Kooperation statt NATO-Konfrontation - Abrüstung statt Sozialabbau" zu einer eindrucksvollen Kundgebung gegen Krieg, Kriegsplanung und Aufrüstung werden soll.

© EK/HB, 11.9.2016

Materialien/Quellen:

"Ausdruck". Magazin der Informationsstelle Militarisierung. Ausgabe 4 / August 2016

Bundesministerium der Verteidigung (Hg.): Weißbuch zur Sicherheitspolitik und Zukunft der Bundeswehr. Berlin, Juni 2016 Europäische Sicherheit & Technik (ES&T), Heft 8, August 2016

Informationsstelle Militarisierung (IMI) / DFG-VK (Hrsg.): Die 360° NATO: Mobilmachung an allen Fron-ten. Tübingen, Juni 2016 (www.imi-online.de)

Kooperation für den Frieden (Hrsg.): Unsere Antwort auf das "Weißbuch zur Sicherheitspolitik und Zukunft der Bundeswehr". Friedenspolitische Forderungen und Perspektiven. Positionspapier. Berlin/Bonn, 13.7.2016, 11 S. (www. koop-frieden,de)

Geht der progressive Zyklus in Lateinamerika zu Ende?

Einer der Themenblöcke, mit dem wir uns bei unserem Seminar im Mai in München beschäftigten, war die Entwicklung der linken Bewegungen in Lateinamerika. Wir hatten uns dazu einen sehr sachkundigen Gastreferenten eingeladen, der das Thema anhand einiger Länder, die er als beispielhaft herausgriff, aufbereitete. Das Referat trug den Titel: "Geht der progressive Zyklus in Lateinamerika zu Ende?".

Obwohl durch den Zeitablauf sich inzwischen manches geändert hat, haben wir uns entschlossen (wie in der letzten Nummer angekündigt), das Referat in der damals gehaltenen Form, mit kleinen Ergänzungen, abzudrucken.

Der Referent berichtete eingangs, wie er zur Beschäftigung mit diesem Thema gekommen war.

Der Ausgangspunkt war: Er hat – wie bereits im letzten Jahr – im Auftrag der ML am diesjährigen Seminar "Die Parteien und eine neue Gesellschaft" in Mexico-Stadt teilgenommen. Dieses Seminar fand vom 10. bis zum 12. März statt. Sein Thema war: "Partei, Demokratie, Volksmacht und soziale Bewegungen". Ausrichter war die mexikanische PT (Partei der Arbeit).

315 internationale Delegierte von 130 Organisationen – politische Parteien und Organisationen, linke und progressive Bewegungen – aus 41 Ländern und fünf Kontinenten nahmen an der Veranstaltung teil. Dazu kamen ein paar Hundert mexikanische Teilnehmer von PT, PRD, MORENA, PC.

Die meisten Teilnehmer waren natürlich aus Lateinamerika und der Karibik. Sie kamen aus Cuba, Venezuela, Brasilien, Argentinien, Ecuador, Bolivien, von der FMLN, FSLN,

Dieses Seminar bildete auch die Grundlage für den Vortrag.

Der progressive Zyklus

Seit der Wahl von Hugo Chavez zum Präsidenten Venezuelas im Jahr 1998 standen die Fortschritte, die Erfolge und Erfahrungen der Linksregierungen auf dem lateinamerikanischen Kontinent im Mittelpunkt der jährlich stattfindenden Seminare.

Fast mit jeder Wahl kam eine neue Links- oder Mitte-Linksregierung dazu; in der Mehrzahl der Länder des lateinamerikanischen Kontinents wurde die Rechte von der Regierung verdrängt.

Die sozialen Bewegungen und Parteien, vor allem aus Lateinamerika, die in Mexiko präsent waren, hatten einen großen Anteil an diesen Entwicklungen Man hat gedacht, es kann nur noch vorwärts gehen.

Aber diesmal war es anders. Es ist zu sichtbaren Niederlagen gekommen.

Zunächst waren es die Präsidentschaftswahl 2015 in Argentinien, die für die linken Kräfte verlorengegangen ist. Ein Vertreter der Neoliberalen (Macri) ist seitdem an der Macht. Bei der Parlamentswahl in Venezuela im Dezember errangen die rechten Kräfte eine sehr große Mehrheit im Parlament. Im Februar scheiterte das Referendum in Bolivien, mit dem Evo Morales eine vierte Amtszeit als Präsident erreichen wollte, die nach der Verfassung nicht möglich ist. Damit scheiterte er zwar nur knapp, es passt aber ins Gesamtbild: Alles deutet darauf hin, dass sich die Oligarchie und die rechten Kräfte reorganisiert haben. Die Wirtschaftskrise und der Verfall der Rohstoffpreise untergraben die materiellen Möglichkeiten der progressiven Regierungen für Sozialprogramme. Dies führt zu einer Entfremdung der sozialen Basis von ihren Regierungen bzw. verstärkt diese, aktuell zugespitzt in Brasilien und Venezuela.

Dies war also die Ausgangslage, vor der das Seminar in diesem Jahr stattgefunden hat: Geht der progressive Zyklus zu Ende und was bedeutet das? Waren die linken Regierungen nur eine Episode in der Geschichte Lateinamerikas? Diese Frage zog sich durch viele Diskussionsbeiträge und Analysen.

Das soll auch der rote Faden des Vortrags sein.

Claudio Katz, ein linker argentinischer Ökonom, definiert den Begriff im Artikel "Lateinamerika: ein Prozess, der sich nicht radikalisiert, geht rückwärts" – erschienen auf Deutsch in *Granma International* 01/2016 so:

"Der sogenannte progressive Zyklus des letzten Jahrzehnts in Südamerika ist ein Prozess gewesen, der aus teilweise erfolgreichen Volksaufständen (Argentinien, Bolivien, Venezuela, Ecuador) hervorging, die das Kräfteverhältnis in der Region veränderten. Ein ökonomisches Szenario der hohen Rohstoffpreise und der Zufuhr von Dollar wurde anders genutzt, als dies in anderen Zeiten der Fall war"

Das heißt, er wurde genutzt, um einen Prozess der Umverteilung durchzuführen und so den sozial ärmeren Schichten die Möglichkeiten zu bieten, am sozialen Aufstieg teilzuhaben.

Die Regierungen und die Situation der Länder mit Links- oder Mitte-Linksregierungen sind sehr verschieden. Trotzdem lassen sich vielleicht gemeinsame Aspekte für die zurückliegenden 10 – 15 Jahre feststellen: Die Regierungen haben im Ergebnis harter sozialer Kämpfe und organisierter sozialer Bewegungen die Wahlen gewonnen.

Sie haben daraufhin mit Programmen gegen Hunger und Armut die extreme Armut deutlich gesenkt, die Arbeitslosigkeit reduziert; es ist eine erweiterte Mittelschicht entstanden; so konnte zum Beispiel in Venezuela die Armut von 43,9% Anteil an der Bevölkerung 1998 auf 26,7% im Jahre 2011 gesenkt werden, der Anteil der extremen Armut ging von 17,1% auf 7,0% im gleichen Zeitraum zurück; der Gini-Koeffizient (das Maß der Gleichheit oder Ungleichheit der Verteilung von Vermögen oder Ein-

kommen in einem Land) ist von 0,498 auf 0,394 gesunken.

In einigen Ländern wurde die Straffreiheit bekämpft, d.h. es fand eine juristische Aufarbeitung der Militärdiktaturen bzw. der Bürgerkriege statt, z.B. in mittelamerikanischen Ländern.

Demokratische Freiheiten und Rechte wurden institutionell verankert (z.T. wurden neue Verfassungen installiert – Venezuela, Bolivien, Ecuador); in einigen Ländern wurden wichtige Schritte zum Aufbau einer Macht von Unten eingeleitet.

Der Bildungssektor wurde ausgebaut und für die armen Bevölkerungsschichten geöffnet (Alphabetisierungskampagnen mit Hilfe Kubas "Yo, si puedo");

Das Gesundheitssystems wurde ausgebaut bzw. für ärmere Schichten erst aufgebaut (auch hier mit der Hilfe Kubas; z.B. die "Operación Milagro" gegen den Grauen Star). Dieses Programm hat andere Länder in Lateinamerika unter Druck gesetzt, vergleichbare Programme aufzulegen, z.B. Peru.

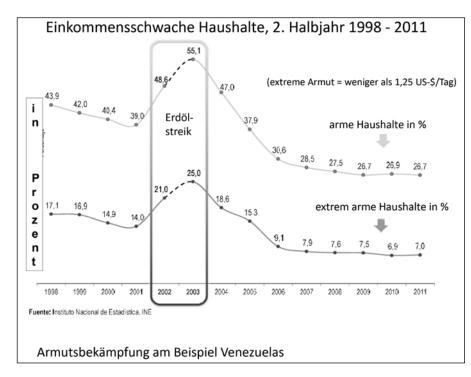
In einigen Ländern wurde der gemeinwirtschaftliche Sektor gefördert (Kooperativen), aber: im Wesentlichen blieb die Macht der Oligarchie unangetastet, auch wenn es vereinzelt zu Verstaatlichungen kam, z.B. wurden in Bolivien die YPFB (Yacimientos Petrolíferos Fiscales Bolivianos), die private Erdölfirma, 1997 teilprivatisiert, 2006 nationalisiert.

Vor allem blieben die Medienmonopole in privater Hand.

Parallel dazu fand eine Vertiefung der Integration in Lateinamerika statt: ALBA, CELAC-Gründung (alle Länder außer den USA und Kanada), MERCOSUR; die Aktionsfähigkeit der USA war durch Rückschläge bei der OAS und die erzwungene Anerkennung Kubas stark eingeschränkt.

Die wirtschaftliche Strategie war: Die Nutzung der Rohstoffrente (Erdöl und -gas), d.h., das Geld aus den hohen Rohstoffpreisen wurde genutzt, um z.B. das Bildungs- und Gesundheitssystem auszubauen.

Wachstum sollte durch Stärkung der Nachfrage der ärmeren Schichten generiert werden; (Devise: "Umverteilen, um zu wachsen"). Dies war ein Bruch mit der alten Entwicklungslogik des neoliberalen Dogmas: "Investieren und später konsumieren").

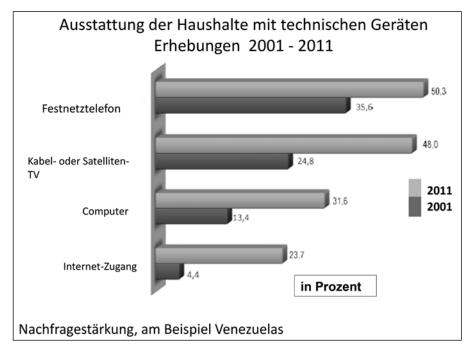


Die Einnahmen aus dem Rohstoffexport wollte man nutzen, um die Wirtschaft schrittweise umzustrukturieren und z.B. eigene Verarbeitungsketten aufzubauen; es sollte eine nationale Industrie ausbzw. aufgebaut werden.

Man strebte einen Ausbau der regionalen und Süd-Süd-Wirtschaftsbe-

Abgrenzung oder des Strebens nach Identität, Lebenssinn und Glück; die Tendenz vieler Menschen, sich mit Produkten oder Dienstleistungen zu identifizieren und ihr Selbstwertgefühl davon abhängig zu machen).

Der Aufstieg in die Mittelschicht führte zu einer Änderung des Bewusstseins.



ziehungen (China; BRICS-Staaten) an.

Die Bevölkerung ist jetzt besser organisiert und hat ein höheres Bewusstsein; aber in den Mittelschichten ist der Konsumismus weit verbreitet (übersteigertes Konsumverhalten zum Zweck der gesellschaftlichen

Die drei Phasen der Linksregierungen:

Es lassen sich drei Phasen in der Entwicklung der Linksregierungen unterscheiden:

Die 1. Phase (bis 2008)

Sie war mit einem hohem Wirtschaftswachstum und steigenden Devisenreserven verbunden.

Lateinamerika war als Rohstofflieferant in der internationalen Arbeitsteilung integriert.

Die Sozialprogramme, die Millionen Menschen aus der Armut geholfen haben, wurden aus den Gewinnen eines außergewöhnlichen Rohstoff-Booms (China als Hauptabnehmer der Rohstoffe) finanziert; die Vermögen der Reichen und die Profite der großen Unternehmen wurden nicht angetastet.

So wurde z.B. in Venezuela eine Bodenreform durchgeführt: 3 Mio ha wurden verteilt (300 Aktivisten sind seit 2001 ermordet worden), vorrangig aus Ländereien im Staatsbesitz.

Teile der Oberschicht haben diesen Wirtschaftskurs unterstützt, da sie davon profitiert haben (so konnte z.B. eine neu entstehende kaufkräftige Mittelschicht mehr Konsumgüter kaufen). Die eigentlichen Machthaber, die Medienkonzerne, die Finanzindustrie (z.B. in Brasilien) waren von Anfang an gegen diesen Prozess und haben versucht, ihn zu torpedieren.

Im Prinzip haben alle sozialen Schichten in dieser Phase gewonnen.

Die 2. Phase (ab ca. 2008)

Mit Beginn der Finanz- und Wirtschaftskrise in den kapitalistischen Zentren leiteten die Linksregierungen eine antizyklische Wirtschaftspolitik ein, um das Wachstum aufrechtzuerhalten und die Sozialprogramme zu finanzieren. Die Programme waren erfolgreich, aber sie hatten eine wachsende Verschuldung zur Folge.

Versuche einer progressiven Steuerreform (Umverteilung!) wurden nicht umgesetzt oder scheiterten - nicht überall (→ El Salvador), aber ein typisches Beispiel ist Ecuador: die Regierung von Rafael Correa versuchte, eine Steuerreform durchzusetzen, die die Superreichen - 2% der Bevölkerung – betroffen hätte. Es gab einen Aufschrei der Mittelschicht, die davon gar nicht betroffen gewesen wäre, so dass der Entwurf zurückgezogen werden musste! Die Medien, die auch in Ecuador in den Händen von wenigen sind, war es

gelungen, die Leute so zu beeinflussen, dass das Gesetz nicht umgesetzt werden konnte. Es sagt sich immer so leicht, dass die Veränderungen radikalisiert und vertieft werden müssen!

Ein spezielles Problem in Ecuador ist, dass soziale Bewegungen häufig nur die Interessen von kleinen Teilen der Bevölkerung verfolgen und das Gesamtinteresse ignorieren. Dieses Verfolgen von partikularen Interessen führt immer wieder zu Spannungen zwischen der Regierung und Teilen der sozialen Bewegungen (z.B. mit Indígenas).

Die 3. Phase (ab ca. 2012/ 13)

Diese Politik der staatlichen Sozialprogramme und der Verschuldung hat sich nun erschöpft, sie bleibt in ihren eigenen Widersprüchen stecken.

Die Rohstoffpreise sind gesunken;- u.a. weil die chinesische Regierung daran geht, das eigene Wirtschaftsmodell umzustellen. Sie will weg vom Export von Billigprodukten zu einem mehr binnenwirtschaftlich orientiertem Wirtschaftsmodell.

Als Folge davon werden weniger Rohstoffe importiert. Dies führt zum Fall der Rohstoff-Preise und zur Rezession. Um die ärmsten Bevölkerungsschichten zu schützen, versuchen die linken Regierungen, auf Austeritätspolitik umzuschalten.

Für neue Investitionsprogramme fehlte nun das Geld.

Dies hat zur Folge, dass die Mittelschichten auf der Straße randalieren, um ihre "kleinen" Privilegien gegen die Armen zu verteidigen.

Die Kräfteverhältnisse zur Durchsetzung radikaler Reformen verschlechtern sich noch mehr. Die Regierungen entfremden sich noch mehr von ihrer sozialen Basis.

Die aktuelle Situation, exemplarisch an den Beispielen Brasilien, Venezuela und Bolivien dargestellt:

1.Venezuela

Warum gerade Venezuela? Es hat immer einen zeitlichen Vorlauf gehabt und wirkt deshalb beispielhaft.

Venezuela steht – wegen seiner wirtschaftlichen Ressourcen (Erdöl!) seit dem Wahlsieg von Hugo Chavez 1998 im Mittelpunkt der politischen Auseinandersetzungen zwischen der Linken in Lateinamerika und den neoliberalen Kräften (die interne Oligarchie; äußere Unterstützung v.a. Durch USA und EU).

Die Auseinandersetzungen werden hier von Anfang an äußerst erbittert geführt: Putschversuch, Wirtschaftsblockade 2002 (Ölstreik), das Abwahlreferendum gegen Chavez 2004. (Dies hat aber damals gezeigt, dass die Mehrheit Chavez unterstützt.)

Trotz dieses Widerstandes gelangen der venezolanischen Linken (aus den Chavistas entstand der PSUV; dazu Verbündete, z.B. der PCV) große Erfolge: Venezuela war der Motor der Lateinamerika-Integration, bei der Ablehnung des ALCA-Planes der USA, bei der Gründung und Entwicklung von ALBA, CELAC usw.

Die Erschöpfung des Wirtschaftsmodells war 2012/13 erreicht. Roberto Cabezas, der Vizepräsident der Regierungspartei PSUV sagte damals in Mexico:

"2012/13 bei einem Ölpreis von mehr als 100\$ pro Barrel betrug das Haushaltsdefizit 7,9% des BSP. Die Öl-Einnahmen müssten jährlich um 12 Prozent steigen, damit die Wirtschaft 3% wächst. Für ein Wachstum der Wirtschaft wäre ein Ölpreis von 135\$ pro Fass erforderlich."

Wenn man die Sozialprogramme vor allem für die Ärmsten weiterführen will, muss man wirklich umverteilen zu Lasten anderer: z.B. eine Steuerreform durchführen.

Ein Ausdruck dieser Situation war der äußerst knappe Wahlsieg von Maduro bei den Präsidentschaftswahlen 2013.

Heute beträgt Erdölpreis nur noch ca. 40 \$/ Fass, d,h., der wirtschaftliche Spielraum noch geringer geworden.

Die Deviseneinnahmen sind vom Januar 2014 bis und heute, also Mai 2016, um 97,5% zurückgegangen!

Die Währungsthematik besteht einerseits wegen der Manipulation der Währung (Website Dollar Today). Es gibt einen offiziellen Kurs und einen subventionierten Kurs. Dies hat zu mehr Korruption geführt. Auf der anderen Seite gibt es Briefkastenfirmen, die sowohl multinationale Konzerne als auch pro-chavistische Unternehmer nutzen.

Seit Anfang 2014 gibt es Versorgungsprobleme bei Lebensmitteln und bei Gütern des täglichen Bedarfs. Dies hat zur Entstehung eines Schwarzmarktes und zu verstärktem Schmuggel geführt.

Carlos Wimmer von der venezolanischen KP war in Deutschland und berichtete folgendes: Diese Unterversorgung besonders mit Artikeln des Grundbedarfs und Medikamenten habe krisenhafte Ausmaße angenommen. Sie bedeute eine starke Belastung für Menschen mit geringem Einkommen. Ursache ist das Preisgefälle zwischen Schwarzmarkt- und offiziellen Preisen (die subventioniert sind). Das führt zu Warenhortung durch Zwischenhändler und Schmuggel (Konflikt mit Kolumbien!). Die hohe Inflation ist mittlerweile im dreistelligen Bereich angekommen. (700%?) Das sind Werte wie Anfang der 20er Jahre des letzten Jahrhunderts in Deutschland.

Es gibt Korruption bei staatlichen Zentren, bei Supermärkten und in der Bürokratie (Devisenvergabe).

Das Preissystem wird stark reguliert; z.T. Sind die regulären Preise unter den Produktionskosten.

Es gibt viele stillgelegte Fabriken. Sie sind teilweise besetzt und produzieren jetzt weiter, darunter aber nicht wenige, die mit Verlust arbeiten. Die Opposition, die im Parlament über eine Mehrheit verfügt, will diese nach einem Jahr schließen lassen.

Auf dem Land lastet starker internationaler Druck: So hat der US-amerikanische Präsident Obama im März ein Gesetz unterzeichnet, das "Venezuela als Bedrohung für die nationale Sicherheit des Landes" einstuft.

Paramilitärs und konspirative NGO's arbeiten gegen die Regierung. Internationale Medienkampagne gegen das Land ist im Gange, auch bei der deutschen Berichterstattung (siehe amerika21 vom 22.05.16). Der Tenor lautet: Venezuela ist ein "gescheiterter Staat" mit einer humanitären und politischen Krise, zügelloser Korruption, nicht funktionierender Wirtschaft und massiver Kriminalität.

Der Wirtschaftskrieg ist in vollem Gange (Rückgang der Investitionen; siehe jw vom 02.05.16 zum Polar-Konzern).

Die rechte interne Opposition wird von außen unterstützt: z.B.

Agieren des argentinischen Präsidenten Macri, das Wirken der OAS mit Generalsekretär Almagro.

Die nationale Opposition sieht zwei Optionen nach dem Wahlsieg bei den Parlamentswahlen:

a) Die Richtung von Capriles verhält sich "legalistisch", wie bisher, d.h. Sie setzt auf den Verschleiß der Regierung Maduro (Fortbestehen der schlechten Versorgungslage etc.) und steuert ein Abwahlreferendum an.

Der Parlamentspräsident Allup von der Acción Democratica rechnet mit einem Regime-Wechsel innerhalb von 6 Monaten.

Anfang Mai wurden durch das Oppositionsbündnis MUD angeblich 2 Mio. Unterschriften für die Abwahl von Maduro eingereicht, die durch den CNE (Wahlrat) geprüft werden.

b) Lopez will eine Rückkehr zu den "Guarimbas", d.h. Es kommt zu gewaltsamen Protesten mit Straßenblockaden und -schlachten. Dies führte zur Ermordung von Regierungsanhängern Ende März und zu Straßenprotesten im Mai. Dabei gab es insgesamt 43 Tote.

Diese Richtung will eine Situation am Rande eines Bürgerkrieges schaffen,. Das würde zum Eingreifen von außen durch die USA führen (siehe dazu *jw* vom 20.5.: US-Spezialkräfte in Honduras, etc.).

Das venezolanische Militär steht zum großen Teil loyal zur Regierung. Das schließt aber nicht aus, dass einzelne Offiziere im Ernstfall nicht auf Seiten der Opposition stehen würden.

Es gibt laufend Konflikte zwischen Regierung und Parlament. Beispiele: das Amnestiegesetz der Opposition (letzte Woche in 2. Lesung verabschiedet; "Befreiung von Lopez"). Dagegen gibt es das Veto des Präsidenten. Die Kernfrage ist also: Regiert die Regierung oder das Parlament?

Ein anderes Beispiel ist der Kampf um die Novellierung des Arbeitsgesetzes (LOTTT), 2012 von Chavez unterzeichnet (u.a. gegen Outsourcing, Begrenzung der Arbeitswoche auf 40h). Die Fedecamaras fordern eine Modifizierung des Gesetzes.

Vorschläge bzw. Aktionen der Regierung Maduro vom Februar dieses Jahres waren: die Ausrufung des Wirtschaftsnotstandes (Sie wurde jetzt vom Obersten Gericht als rechtens erklärt.), Lebensmittel- und

Warenverteilung: Das staatliche Versorgungsnetzwerk (Mision Alimentaria, Mercal, Farmapatria, Bäckereien) soll umstrukturiert werden, alles soll zu einem Betrieb der Lebensmittelversorgung zusammengeführt werden, um die Korruption in den Griff zu kriegen. Ein neues System der Preisfestsetzung für die 100 Basisprodukte wird eingeführt. Es gab eine Preiserhöhung für Benzin für die Endverbraucher. (Benzin ist aber immer noch billiger als Wasser!) Die Erlöse sollen für neue Sozialprogramme verwendet werden. Ein neues System der Devisenbewirtschaftung wurde eingeführt. Es dient der Förderung von Tourismus und Exporten; der Wechselkurs für prioritäre Wirtschaftsbereiche wurde von 6,3 Bs auf 10 Bs erhöht) Ziel ist die Beseitigung des Schwarzmarktes. Ein Schutz von Gehältern und Pensionen wurde beschlossen; das Mindestgehaltes um 20% angehoben etc. Ein neues Steuersystem soll eingeführt werden, um Steuerflucht und -betrug zu unterbinden.

Kurzfristiges Ziel ist die Verbesserung der Versorgung mit Artikeln des Grundbedarfs und Medikamenten. Hier bedeutet die Unterversorgung eine starke Belastung für Menschen mit geringen Einkommen.

Politisches Ziel ist der Versuch einer Verhandlungslösung unter Vermittlung der UNASUR.

Die zentralen Fragen sind:Wie soll der Kampf gegen Korruption, gegen alte und neue Bürokratien gestaltet werden? (Es gibt auch neureiche Chavistas!)

Wie soll die Mobilisierung der Basis erfolgen (Es gibt 40.000 consejos comunales, Arbeiterräte, Frauenbewegungen.), um das Abwahlreferendum zu gewinnen? Claudio Katz: "Die Rechte hat nicht so sehr deshalb gewonnen, weil der Chavismus der Rechten seine Stimmen gegeben hat, sondern weil die Leute nicht zu den Urnen gingen." – Steve Ellner auf amerika21 berichtet, "ca. 2 Mio. Chavistas wählten ungültig oder gar nicht."

Wie soll der "bolivarianische" Prozess weiterentwickelt werden? Ein Prozess der sich nicht radikalisiert, geht rückwärts (wobei sich das einfacher sagt, als es umgesetzt werden kann; siehe den Versuch der Steuerreform in Ecuador).

Maduro nimmt eine Position des Zentrums zwischen moderaten und linken Strömungen ein. Viele werfen ihm fehlende Führungskompetenz vor. Von den meisten seiner Anhänger sehen Maduro als zu zögernd.

Claudio Katz hat folgende Vorschläge bzw. Aussagen zu Venezuela:

Man muss Entscheidungen in zwei Bereichen treffen:

- im ökonomischen Bereich: Verstaatlichung der Banken und des Außenhandels, Änderung der Devisenbewirtschaftung;
- im politischen Bereich: Radikalisierung des Prozesses durch Aufund Ausbau der Macht von unten, d.h. der kommunalen Macht (Gesetze und Struktur dafür bestehen schon).

Als Beispiel nennt er die Auflösung der Bicentenario-Supermarktkette (wegen Korruption) im Februar. Die Läden werden jetzt als Verteilungszentren für kommunale Räte genutzt.

Und: "Der progressive Zyklus und die Zukunft werden in Venezuela entschieden. Dies war der wichtigste Prozess und seine Auflösung wird den Kontext der ganzen Region bestimmen." (C.Katz)

Abschließend bleibt aber festzustellen: Der Prozess in Venezuela ist am weitesten fortgeschritten innerhalb des progressiven Zyklus.

Die Kernfrage ist, ob der Opposition die Übernahme der politischen Macht gelingt, egal, auf welche Weise. Dies würde den Stopp und das Rückdrehen des "bolivarianischen" Projektes bedeuten.

2. Brasilien

Die Entwicklung verlief ähnlich wie in Venezuela. Momentan steht es auch im Fokus wegen des kalten Staatsstreichs, der dort im Gange ist.

Vor der Regierungsübernahme durch Lula 2003 schloss er einen Pakt mit Teilen der Oligarchie: Gewinne, Zinszahlung, Inflation, Vereinbarungen mit dem IWF, etc. sollten eingehalten und nicht angetastet werden.

Dafür erhielt er freie Hand für seine Sozialprogramme (36 Millonen Menschen wurden in seiner Regierungszeit aus der extremen Armut geholt.) und eine selbstständige Außenpolitik, die auch gegen US-Interessen agiert; die Süd-Süd-Verbin-

dungen wurden ausbaut (Entstehung des Begriffs der BRICS-Staaten!), die lateinamerikanische Integration wurde verstärkt. Der Binnenmarkt wurde angekurbelt, der Mindestlohn erhöht, es wurden verschiedene Sozialprogramme aufgelegt.

2008 wurden die öffentlichen Investitionen (Infrastrukturmaßnahmen) gesteigert, um die Auswirkungen der Krise abzuwenden.

2012 war auch in Brasilien dieses Wirtschaftsmodell abgenutzt, was maßgeblich zur derzeitigen Krise führte.

Claudio Katz beschreibt die Lage so: Die aktuellen Prozesse sind das Ergebnis einer Erschöpfung des Neo-Entwicklungs-Wirtschaftsmodells: 2008 ist momentan nicht wiederholbar. Dies führt zur Wirtschaftskrise und zur gegenwärtigen Haushaltssituation.

Die Regierung versucht, eine dritte Phase des Wohnbauprogramms "Mein Haus, mein Leben" einzuleiten, um gegenzusteuern. Es sind aber nicht mehr die Mittel verfügbar, um dies zu finanzieren.

Ohne Verteilungskämpfe (z.B. Steuerprogramme) ist keine Fortführung der Sozialprogramme möglich.

Es gab eine starke politische Verschlechterung nach den Wahlen 2014, diese führten zu neoliberalen Anpassungen (Kürzungen) durch den neuen Wirtschaftsminister Levy.

Die Arbeitslosigkeit stieg von 5% auf 10%. Dies hatte das Aufkommen sozialer Unzufriedenheit zur Folge. Daraufhin distanzierten sich wichtige fortschrittliche Sektoren von der Regierung.

Der Druck seitens der Wirtschaft hin auf einen neoliberaler Kurs wuchs, ein Medienkrieg wurde angezettelt (Globo-Konzern!) und die Justiz tat das ihre dazu.

"Der Kampf geht jetzt darum, wer für die Krise zahlt." D.h., es sollen die Armen sein. Die Mittel sind die Kürzung von Sozialprogrammen, Privatisierungen, die Senkung des Mindestlohnes.

Die PT hatte auch in der Vergangenheit nie eine Mehrheit im Parlament; das Ergebnis der Parlamentswahl 2014 aber ist das rechteste Parlament seit Ende der Diktatur [2010 hatten PT und PCdoB 103 von 513 Sitzen im Abgeordnetenhaus; 2014 waren es nur noch nur 68; die Regierungskoalition bestand aus 13 Parteien!].

Alle Regierungsmaßnahmen werden im Parlament vom Koalitionspartner PMDB [rechtsliberale Partei der demokratischen Bewegung] und der Opposition blockiert. Steuererhöhungen auf große Vermögen sind jetzt noch schwieriger umzusetzen Es wurde ein Amtsenthebungsverfahren gegen Dilma Rousseff eingeleitet. Der Grund sind angebliche Haushaltstricks bei der Finanzierung von Sozialprogrammen, die Jahre zurückliegen und vom Kongress selbst nicht moniert worden waren; sie sind juristisch "Verstöße gegen das Haushaltsrecht". Initiator ist der Parlamentspräsident Eduardo Cunha von der PMDB, der selbst illegale Gelder auf Schweizer Konten hat, was eine Korruptionsanklage gegen ihn zur Folge hatte. Inzwischen ist er (im Mai) seines Amtes enthoben worden. Korruptionsvorwürfe bzw. Unregelmäßigkeiten bei der Parteienfinanzierung gegen den PT werden medial "aufgearbeitet" - der PSDB (Sozialdemokratische Partei, die wichtigste Partei der Rechten) hat deutlich mehr Korruptionsfälle. Hier wird aber nicht ermittelt, es findet keine mediale Berichterstattung statt. Dazu kommt noch der Korruptionsvorwurf gegen Lula. (Er ist der populärste Politiker Brasiliens.) Massendemonstrationen gegen den PT werden organisiert; es kommen Rufe nach einem Militärputsch auf. 400 Industrieverbände fordern den Rücktritt der Präsidentin. Am 29.3, kam es zum Bruch der Regierungskoalition: Der PMDB stieg aus dem Bündnis aus, aber 6 der 7 PMDB-Minister wollten an ihrem Sessel festhalten. Am 17.4.stimmte eine entsprechende Mehrheit des Abgeordnetenhauses für das Amtsenthebungsverfahren gegen die Präsidentin. Am 12.5. hat der Senat Dilma Roussef für 180 Tage vom Amt suspendiert; der Vize-Präsident Temer (PMDB) fungiert seither als defacto Präsident. Er hat ein straffes neoliberales Regierungsprogramm: Kürzung von Sozialprogrammen, Sparmaßnahmen, Privatisierungen (Infrastruktur; Erdölvorkommen), Schließung des Kulturministeriums. Der Planungsminister Juca (PMDB) ist nach einer Veröffentlichung von Abhörprotokollen zurückgetreten. (Es ging um Putschpläne mit Richtern bzw. Militärs. Das Ziel war, ein Verfahren gegen PMDB-Politiker stoppen.) Das Bündnis der alten Eliten ist wieder hergestellt: Oligarchie, große Medien, Justizapparat ziehen an einem Strang. Gegen ein Drittel der neuen Regierungsfunktionäre ermittelt die Justiz.

Bei dem ganzen Vorgang handelt es sich um einen kalten Putsch: gegen Rousseff gibt es keine einzige Beschuldigung einer Straftat! Es ist offen, wie es weitergeht: alle Medien

sind in der Hand der Konservativen und Rechten.

Es gibt Massenproteste seitens des PT und der Gewerkschaften gegen den kalten Staatsstreich: die zwei größten Gewerkschafts-Dachverbände erkennen Temer nicht an. Die Schließung des Kulturministeriums musste zurückgenommen werden. Es kam zu internationalen Protesten:

Venezuela und El Salvador haben ihre Botschafter zurückbeordert; ALBA protestierte, UNASUR bezeichnet das Geschehen als Staatsstreich.

Unterstützung erhalten die neuen (alten) Herren von Argentinien, den USA, von der OAS. Iole Iliada vom PT sagt: "Der Kampf wird auf den Straßen entschieden."

In der Diskussion kam die Frage nach den sozialen Bewegungen, insbesondere der Landlosenbewegung, auf. Diese hatten ja damals im Vorfeld den Amtsantritt von Lula und den Regierungseintritt des PT maßgeblich mit ermöglicht.

Es wurde festgehalten, dass der PT die Verbindung mit den sozialen Bewegungen verloren hat. Beim Regierungsantritt des PT wurde damals nicht umverteilt. Es ist auch kein Land verteilt worden!

Teile der Basis wenden sich ab. Das Ansehen der Regierung ist durch die schwere Wirtschaftskrise zusätzlich sehr geschwächt worden. Das Bündnis mit Teilen der Bourgeoisie, mit dem man in die Wahlen gegangen ist, ist zerbrochen. Die Medien sind in der Hand von wenigen Konzernen. Der von ihnen entfachte Medienkrieg gegen die geschwächten Linken in der Regierung tut ein Übriges.

Die Frage nach der Niederlage der Linken stelt sich nicht: ob, sondern wie?

3.Bolivien

Bolivien wurde als Beispiel herausgegriffen, weil sich hier zeigt, dass auch gute wirtschaftliche Entwicklung und wirklich durchgeführ-



Demonstration in Sao Paulo am 31.03.2016 für die Präsidentin

te Umverteilungsmaßnahmen keine Garantie dafür darstellen, dass sich auf längere Frist eine stabile linke Mehrheit in der Bevölkerung erringen lässt.

Das Land ist ein Beispiel dafür, dass in links regierten lateinamerikanischen Ländern eine gute wirtschaftliche Entwicklung gelingen kann und soziale Erfolge erzielt wurden:

Die extreme Armut wurde von 38,2% auf 17,3% reduziert. Die registrierte Arbeitslosigkeit liegt heute bei 3%. Die Hälfte der Bevölkerung wird von Sozialprogrammen erreicht, der Analphabetismus ist überwunden; im Gesundheitswesen wurden große Fortschritte erzielt, auch mit Hilfe von kubanischen Ärzten.

In den 10 Jahren der Regierung Morales gab es ein durchschnittliches Wirtschaftswachstum von 5,1%; die Inflation betrug 2,8%. Die natürlichen Ressourcen wurden verstaatlicht. [Garcia Linera spricht von Einnahmen aus diesem Sektor von 31 Mrd. US-\$ in 10 Jahren; nur 2,5 Mrd. US-\$ waren es in den 10 Jahren davor, als diese in Privatbesitz waren.] Etwa eine Million Bolivianer haben den Aufstieg von der Unter- in die Mittelschicht geschafft (bei einer Einwohnerzahl von 10,6 Millionen).

Trotzdem ist Bolivien auch ein Beispiel dafür, dass gute wirtschaftliche Entwicklung und soziale Erfolge alleine nicht ausreichen, um politische Mehrheiten für die Fortführung des linken revolutionären Projekts aufrecht zu erhalten.

Am 21. Februar 2016 wollte Evo Morales durch eine Änderung des Artikels 168 eine nochmalige Wiederwahl und - im Falle eines Wahl-

> sieges - eine bisher nicht mögliche vierte Amtszeit erreichen. Morales ist seit 2006 im Amt und bis 2020 gewählt.

> Die Wahl im Jahr 2014 hatte die MAS noch mit 61,3% gewonnen. Beim Referendum stimmten 51,3% gegen die Verlängerung der Amtszeit – ein Vorsprung von lediglich 135.154 Stimmen. Das war die erste Niederlage an

der Urne für Evo Morales und die MAS.

Allerdings: Das JA ist für Evo, die MAS und die Regierung der gesellschaftlichen Veränderung, das NEIN kann sich keine einzelne Partei zugute schreiben; es kann jedoch das Startsignal für die Opposition sein, sich unter einem Dach für die kommenden Wahlen zu verbünden.

Warnzeichen dafür sind: Bereits bei der Kommunalwahl 2015 gab es gute Resultate für die rechte Opposition (u.a. in der Hauptstadt La Paz). Im Vergleich zu früher gab es eine effektivere und planvollere Kampagne der Opposition. Die gewachsenen Mittelschichten identifizieren "Demokratie" mit dem Parteien- und Regierungswechsel; Demokratie wird von ihnen nicht als die Möglichkeit verstanden, die eigenen Geschicke in die Hand zu nehmen, ein politisches und soziales Modell im Interesse der arbeitenden Klassen aufzubauen. Im Bereich der Kultur haben die Neoliberalen eine Hegemoniestellung. (Auf Regierungsseite wird eine Debatte geführt: Wie kommen wir aus dem bürgerlichen Demokratieverständnis und Wahlsystem heraus, die immer zum Vorteil der bürgerlichen Parteien sind?)

Probleme dabei sind: Eine Jugend betritt die politische Bühne, die die neoliberalen Regierungen nicht mehr aus eigener Erfahrung kennt. Die Korruption, die für die neoliberalen Regierungen typisch war, auch jetzt nicht ausgemerzt.

Seit der Regierungsübernahme baut MAS eine Hegemonie gegen den Neoliberalismus und für das Projekt eines "gemeinschaftlichen Sozialismus" (socialismo comunitario) auf. Man muss den

"Kampf der Ideen" verstärken; man muss die Einheit stärken auf Grundlage einer Politik, die gemeinsam mit den sozialen Bewegungen erarbeitet wird und die Veränderungen weitertreibt, die Volksmacht von unten aufbaut, den gemeinwirtschaftlichen Sektor stärkt, die lateinamerikanische Integration vertieft.

Es besteht die Notwendigkeit einer politischer Nachjustierung: Verbesserungen in der Justiz (Bürokratie, Korruption, ineffiziente Justizprozesse) und im Gesundheitswesen sind nötig, eine Erhöhung der Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur zur besseren internationalen Anbindung Boliviens (z.B. das Megaprojekt einer Eisenbahnlinie, die den Atlantik mit dem Pazifik verbinden soll – durch Bolivien, Brasilien, Peru). Dann kann aus einer "taktischen Niederlage ein strategischer Erfolg" in einer "neuen politischen Etappe" werden.

In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, dass auch in linken Kreisen Lateinamerikas das Bewußtsein verankert ist, dass mehrfache Amtszeiten verhindert werden müssen. Dies hat sich als wirksames Mittel erwiesen, im Rahmen der bürgerlichen Demokratie eine zu große Machtfülle Einzelner zu erschweren.

Kritisch wurde auch angemerkt, dass es ein Schwachpunkt linker Bewegungen sei, wenn die ganze Entwicklung nur an einer Person hänge – gibt es keinen Ersatz für Evo Morales?

Kuba

Die Ausgangslage war der 6.Parteitag der PCCder 2011 stattgefunden hat. Es kam dort zur Verabschiedung der Lineamientos (das sind 313 Leitlinien, die breit diskutiert wurden; Änderungsvprschläge wurden eingearbeitet). Das Mittel sollten weitreichende, struktu-

relle Wirtschaftsreformen mit dem Ziel der Aktualisierung des sozialistischen Wirtschaftsmodells sein. Ziel ist, dass es keine Restauration des Kapitalismus geben soll, sondern dass die Wirtschaft produktiver und nachhaltiger wird als Grundlage für den Anstieg des Lebensstandards; der Weg zum Sozialismus soll unumkehrbar werden.

Einzelne Schritte sind u.a. die Umgestaltung staatlicher Unternehmen: sie sollen mehr Autonomie und Eigenverantwortung erhalten, die Entlohnung soll nach Leistung erfolgen. Sie Landwirtschaft, das große Sorgenkind, will man produktiver machen, um so loszukommen von bisher notwendigen Lebensmittelimporten. Jedes Jahr muß sehr viel Geld dafür aufgewendet werden. Größe Flächen liegen brach. Man strebt eine dezentralere Leitung an. Es gab eine Verwaltungsreform. Privatwirtschaft wird als Ergänzung zum staatlichen Eigentum zugelassen. Die duale Währung soll beseitigt werden.

Im April 2016 fand der 7. Parteitag statt.

Die Bilanz:

Erst 21% der 2011 beschlossenen Leitlinien sind bisher umgesetzt worden. Vieles ist nicht leicht zu realisieren aufgrund der Mentalität, der Denkstrukturen. Das BSP wuchs im Durchschnitt um 2,8% (2015: 4%); das ist zu wenig, um einen Anstieg des Lebensstandards zu bewirken. Die Landwirtschaft bleibt ein "Problemkind". Land wurde hauptsächlich privat von Bauern gepachtet. Es müssen immer noch hohe Kosten für Lebensmittelimporte getragen werden. Die Produktivität ist zu gering gewachsen. Das hatte zur Folge, dass die Löhne weiter niedrig sind; sie sind nicht ausreichend, um dafür genügend Lebensmittel zu kaufen, um eine familie zu versorgen. Deshalb konnte auch die libretta (das Gutscheinheft zum Bezug von Grundnahrungsmitteln) nicht abgeschafft werden. Der Privatsektor ist gestiegen: Er beträgt jetzt 30% bei der Beschäftigung, aber erwirtschaftet nur 12% des BSP, d.h. er hat nur begrenzten Charakter bei der Wertschöpfung.. Das Marktexperiment in Havanna, Artemisa und Mayabeque ist gescheitert: Die freie Vermarktung von Lebensmitteln führte zu exorbitanten Preiserhöhungen, zur Bereicherung von Wenigen und Korruption. Daher wurde dieses Experiment wieder beendet

Positive Ergebnisse gibt es dagegen im Tourismus zu vermelden (2015: 3,5 Mio. Besucher) und im Dienstleistungssektor. Es gibt bessere Bedingungen für Investitionen [Schulden konnten stark reduziert werden; Rußland, Mexiko, und der Pariser Club haben einen Teil der Schulden erlassen, der rest wird in Zukunftsprojekte investiert]: auch aus dem Ausland (Frankreich, Spanien, China, Rußland). In der Sonderwirtschaftszone Mariel wurde ein Tiefseehafen errichtet.

Der Ausblick:

Zwei Dokumente wurden vorläufig verabschiedet: ein langfristiger wirtschaftlicher und sozialer Perspektivplan bis 2030 sowie Grundzüge des neuen Wirtschaftsmodells des kubanischen Sozialismus.

Über diese Pläne findet in der Gesellschaft eine breite Diskussion statt; die Ratifizierung im Parlament ist bis Jahresende vorgesehen.

Die Leitlinien von 2011 wurden aufgrund der gemachten Erfahrungen aktualisiert.

2018 (Wahlen zum Parlament) bzw. 2021 (Parteitag) soll ein Generationswechsel an der Spitze von Staat und Partei stattfinden.

Bis dahin soll eine Verfassungsreform erfolgen mit dem Ziel, Frauen und Menschen mit dunkler Hautfarbe stärker zu fördern.

Der 8. Parteitag soll 2021 stattfinden. In außenpolitischer Hinsicht gab es seit Dezember 2014 einen Prozess der Normalisierung der Beziehungen zu den USA: Es wurden beiderseits Botschaften eröffnet, der US-Präsident war in Kuba, eine Rücknahme bestimmter Restriktionen ist erfolgt.

Dies ist ein großer Erfolg des revolutionären, sozialistischen Kuba, seiner Überzeugungen, seiner Werte und Kultur, seines Widerstandes im historischen Konflikt mit den USA.

Es ist auch eine Anerkennung des Scheiterns der bisherigen Form der feindlichen Politik der USA (Invasion, Terrorismus etc.) gegenüber Kuba.

Aber: Das Ziel der USA ist es nach wie vor, eine Änderung des Gesellschaftssystems auf Kuba zu erreichen, eine Restauration des Kapitalismus.

Dies geschieht über das US-Kapital, die Kommunikationsmedien, die CIA und die Fünfte Kolonne. Man will eine Ausweitung des kubanischen Privaten Sektors erreichen, um so mit der Zeit die soziale Basis der kubanischen Gesellschaft zu transformieren.

In einem Artikel auf amerika21 beschreibt der kubanische Kommunist Augustin Lage Davila die ökonomische Schlacht des kubanischen 21. Jahrhunderts auf drei Feldern:

- 1. Dem der Effizienz und der Wachstumsfähigkeit der Sozialistischen Staatsbetriebe und deren Einbindung in die Weltwirtschaft
- 2. Dem der Verbindung der Wissenschaft mit der Ökonomie mittels Biotechnologie, Hochtechnologieunternehmen mit hoher Wertschöpfung an Produkten und Dienstleistungen, die unser Portfolio an Exporten bereichern
- 3. Dem der bewussten Eingrenzung der Ausbreitung sozialer Ungleichheiten durch das Eingreifen des sozialistischen Staates

(D.h.: Ja, es wird einen privaten Sektor geben, aber es wird genau geschaut, was sich da entwickelt.)

Um den ökonomischen Kampf erfolgreich führen zu können, muss der Kampf der Ideen gewonnen werden.

Das heißt, das Denken der kubanischen Menschen und den Konsens darüber zu festigen, in welche Richtung möchte die Gesellschaft gehen und über welche konkreten Wege.

Das kubanische Ideal einer menschlichen Gesellschaft ist: solidarisch, gerecht, soziale Gleichheit (über die Verteilung der Arbeitsergebnisse herzustellen).

Gemeinschaftliches Eigentum geht vor Privateigentum und Konkurrenz.

Die Politik der USA gegenüber Kuba ist eingebettet in eine Strategie des Rollback in Lateinamerika.

Nicht Kuba war in Lateinamerika isoliert, sondern die USA. Sie mussten hinnehmen, dass Kuba wieder in die OAS aufgenommen wurde.

Kuba ist führend in der Integration in Lateinamerika: Es war einer der Initiatoren bei ALBA, CELAC, UNASUR.

Man schafft Ruhe an dieser Front, um Kräfte frei zu haben für Venezuela, Brasilien etc.

Im Anschluss fand eine ausgiebige Diskussion über die Lage in Kuba statt. Die Ansichten über die Erfolgsaussichten des Reformprozesses waren nicht einhellig. Es herrschte z.T. Skepsis wegen der Gefahren, die durch die Öffnung für den privaten Sektor und die Einwirkungsmöglichkeiten des ausländischen Ka-

pitals entstehen. Der Auffassung, ohne Reformprozess wäre das Land auf Dauer verloren und es gebe keine Alternative dazu, widersprach aber niemand. Verschiedene Problemfelder wurden angeschnitten. So schilderte der Referent bei dem Thema "freier Zugang zum Internet", dass dieser im Prinzip möglich sei. Es seien nur wenige dezidiert antikommunistische Seiten gesperrt, der Rest frei zugänglich. Das größere Problem sei, dass der Zugang für Kubaner (wegen des geringen Einkommens) sehr teuer sei aufgrund technischer Schwierigkeiten: Die USA boykottieren den Zugang Kubas zu bestehenden Unterseekabeln. Ferner verweigern US-Medienkonzerne Nutzern in Kuba eine Aktualisierungen ihrer Programme über das Internet.

Das Ansehen und das Vertrauen in die kubanische KP besteht bei großen Teilen der Bevölkerung nach wie vor: auf dem Land (soziale Programme, die initiiert werden, kommen dort auch an) ist es größer als in manchen Städten; dort gibt es auch mehr Menschen, die durch das entstehende Privateigentum ein anderes Bewußtsein entwickelt haben.

Im Land wird kritisiert, dass die (linken) Medien nicht mit der Zeit mithalten; eine realistischere Berichterstatung wird gefordert. Die maßgeblichen Kreise in der Partei sind der Meinung, dass man den Reformprozess steuern könne: die Nachteile könne man beherrschen, die Vorteile überwögen.

Als besonders riskant für die gesellschaftliche Entwicklung wird das Fortbestehen von zwei Währungen gesehen. Dies bewirkt eine gefährliche Spreizung der Gesellschaft. Das Problem der sozialen Gerechtigkeit und Gleichheit ist das Kernproblem.

Abschließend wurde noch auf die sehr verdienstvolle Rolle hingewiesen, die Kuba beim Friedensprozess in Kolumbien gespielt hat.

Perspektiven und Ausblick

Momentan findet ein massiver Angriff der internen und externen Oligarchie statt mit deutlich sichtbaren "Erfolgen" in Argentinien und Brasilien ("Staatsstreich"!) und der Situation in Venezuela. Deutlich zu sehen ist der Plan, auch in Venezuela den roll back zum Abschluss zu bringen und die Errungenschaften weitestgehend zu beseitigen.

Lateinamerika soll wieder neoliberal "auf Vordermann" gebracht werden (Hinterhof der USA; Neuauflage von Freihandelsverträgen – ALCA 2). Linke und alternative Konzepte sollen beseitigt werden.

Die alten Konzepte der linken Regierungen haben sich totgelaufen. Die "Rentenökonomie", mit Einnahmen aus Rohstoffverkäufen Sozialprogramme zu finanzieren, funktioniert nicht mehr.

Andererseits muß man aber feststellen, dass die "sozialdemokratische" Politik (im ursprünglichen Sinne) vielen Menschen in armen Lebensverhältnissen etwas gebracht hat.

Entscheidend wird sein, ob und wie es gelingt, massenhaften Widerstand dagegen auf allen Ebenen zu organisieren, vor allem auf der Straße.

Die Verbindung von Linken und sozialen Bewegungen, wie sie am Anfang bestanden haben, müssen wieder hergestelltwerden und weiter gehen, d.h. radikalisieren.

Natürlich ist auch internationale Solidarität notwendig; nicht nur innerhalb Lateinamerikas (Reaktionen von Linksregierungen!), aber auch international, d.h. in diesem Fall hier in Europa!

In Lateinamerika muß der Prozess der Integration weiter vorangetrieben werden!



Wie der Kommunismus nach China kam

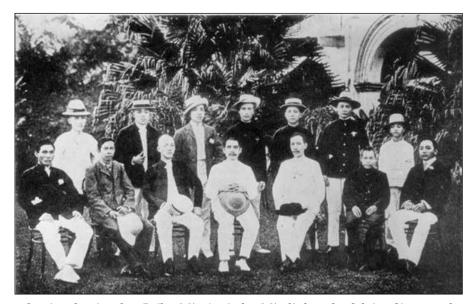
(Teil 2) Eine Rekonstruktion revolutionärer Politik in China

Das Ende des Kaiserreiches und ein halbherziger Neubeginn

Am Ende des 19.Jahrhunderts stand China vor dem Zerfall. Die Katastrophen der vergangenen sechzig Jahre mündeten in die Existenzfrage und nirgendwo waren Ansatzpunkte für eine Lösung der Krise erkennbar. Die Qing-Dynastie hatte sich durch ihren Schlingerkurs im Kampf gegen die Rebellionen im Taiping-Aufstand und in moslemischen Siedlungsgebieten sowie der vollkommen unzureichenden Abwehr imperialistischer Ansprüche aufgerieben und sie hatte sich unfähig gezeigt, das Land zu modernisieren. Sie hatte sich in einem solchen Maße als unfähig erwiesen, dass das Kaisertum selbst auf breitester Basis in Frage gestellt wurde.

So zeigten sich Reformversuche, die aus den Reihen der Hofbeamten angeregt wurden, als Rückzugsgefechte einer untergehenden Macht.¹

Die neue Strahlkraft in Ostasien um die Jahrhundertwende ging eindeutig von Japan aus. Das Land "am Ende der Welt" war Mitte des 19. Jahrhunderts von der US-Flotte zwangsgeöffnet worden, die Abschottungsideologie des Schogunats endete zusammen mit der Regierungsform der Schogune. Eine konservative Revolution durchzog die Inseln, gegen schwach gewordene Widerstände des Adels wurde die kaiserliche Macht restituiert, der "chinesische" Buddhismus zu Gunsten der "eigenen" Religion, dem Shinto, zurückgedrängt und gleichzeitig nationalistisch aufgeladen. Die Meiji-Restauration vermocht im Zeitraffertempo Japan umzugestalten, Adelsprivilegien abzubauen und eine moderne Staatsidee zu implantieren: den Na-



Sun Yat Sen (vordere Reihe, Mitte) mit den Mitgliedern der Sektion Singapur der Gesellschaft Tongmenghui

tionalismus, der, auf kapitalistischer Grundlage und geschützt durch einen dem Westen ebenbürtigen Staat, seine Ziele innerhalb und außerhalb Japans neu definiert.

Alle chinesischen Reformer dieser Zeit waren von der japanischen Entwicklung fasziniert und konnten sich auch bei massiven Konflikten zwischen China und Japan innerlich nicht vom Vorbild lösen. So startete Sun Yat Sen seine Umsturzversuche von Japan aus und er kehrte wieder zurück, wenn ihm in China Verfolgung drohte.

In den Augen aller chinesischer Kritiker war die Regierung gescheitert, weil sie das Land nicht in die Moderne führen konnte. Der eklatante Rückstand in der gesellschaftlichen Entwicklung musste reduziert werden und das konnte nur dadurch eingeleitet werden, dass man von den Usurpatoren lernte, ihre gesellschaftliche Organisierung, ihre Ideen und

ihre Technik übernahm. So wie es die Japaner, allem Anschein nach, erfolgreich taten.

Eine Kostprobe dieser Adaptionsfähigkeit sollte das chinesische Reich 1894/95 erhalten, als Japan Ansprüche auf die koreanische Halbinsel erhob und diese im Kampf gegen die chinesische Flotte durchsetzte. Die Regierung in Peking stand kurz vor der Invasion, als im Frieden von Shimonoseki die japanischen Forderungen in Bezug auf das traditionell von China abhängige Korea anerkannt wurden und zusätzlich die Insel Taiwan an Japan übergeben werden musste. Der neuartige Nationalismus Japans berief sich auf volkstümliche Traditionen und einen Ethnozentrismus, der nach westlichem Vorbild sozialdarwinistisch gefüllt war. Er stellte die Kräfteverteilung in Ostasien radikal in Frage. Mehr noch, die Vernichtung der russischen Flotte bei der Inselgruppe Tsu Shima im Jahr 1905, die erste neuzeitliche Niederlage eines europäischen gegen ein asiatisches Land, kündigte eine Zeitenwende an. Japan war spät, aber umso aggres-

¹⁻ Pankaj Mishra ("Aus den Ruinen des Empires", 2014) stellt das Wirken der beiden Hofbeamten Kang Youwei und Liang Qichao in den Mittelpunkt seiner Untersuchung über die Rezeption europäischen Gedankengutes in China. Dabei misst er ihrer Bedeutung und "Weitsicht" unangemessen großes Gewicht bei, zumal es beide nicht verstanden, ihre Analysen in eine praktikable und konsequente politische Konzeption zu überführen.

siver in den Wettlauf der Kolonialmächte eingetreten.

Die chinesischen Reformer, aber auch die Umstürzler gerieten in einen nicht auflösbaren Zwiespalt: einerseits schien das Konzept Japans, der Modernität des Westens zu folgen, dabei aber die westlichen Regeln an die eigenen gesellschaftlichen Bedingungen anzupassen, der Schlüssel für Chinas Modernisierung. Andererseits war das Meiji-Regime zum Todfeind des schwachen, rückständigen Reiches der Mitte geworden. Der Widerspruch zwischen der Nachahmung des Vorbildes und dem

Kampf gegen die japanischen Ansprüche in und auf China konnte politisch nicht gelöst werden. Weder mit der Wendung hin zu den europäischen imperialistischen Mächten Großbritannien und Frankreich noch durch Sympathien gegenüber den Neoimperialisten aus den USA.

Verglichen mit den ungeheueren Verwerfungen der Herrschaft der ausgehenden Qing-Dynastie verlief die Abschaffung der Mo-

narchie zwar, mit mehreren tausend Todesopfern, "friedlich", die Gründung einer Republik zeigte aber auch von Anbeginn an die Halbherzigkeit des Umsturzes und offenbarte, dass die Revolutionäre um Sun Yat Sen, die Tongmenghui, die "Gesellschaft der revolutionären Allianz", mehr Geheimbund als Spitze einer revolutionären (bürgerlichen) Bewegung waren.

Sie hatten nur phasenweise militärische Kräfte an sich gebunden und mussten ständig Kompromisse mit Gegnern des Regimes eingehen, die genauso ihre eigenen Feinde waren. Deshalb entspricht es nicht den gesellschaftlichen Gegebenheiten in China, von einer bürgerlichen Revolution zu sprechen.

Der Wechsel der Regierungsgewalt konnte die kapitalistische Produktionsweise weder in der Fläche noch für die übergroße Mehrheit der Bevölkerung durchsetzen.

Der Anspruch der Revolutionäre, China zu modernisieren, blieb auf eine konstitutionelle Fassade beschränkt, die ein Wunschbild wiedergeben konnte, aber die tatsächlichen Machtverhältnisse weder zivilisierte noch lenkte. Die sozialen Fragen, allem voran die Pacht- und Besitzverhältnisse auf dem Land und die ungezügelte Ausbeutung der Arbeitskraft in den Städten, wurden nicht einmal oberflächlich thematisiert. Und ein Bürgertum, das die politische Macht benötigt, um die kapitalistischen Verhältnisse durchzusetzen, war nicht vorhanden. Ebensowenig wie eine Arbeiterklasse, die diesen Namen verdient. Letzteres sollte sich aber



Sun Yat Sen

innerhalb eines Jahrzehntes - immer im Rahmen der Verhältnisse gesehen radikal verändern.

Die Gründung der Republik vollzog sich also unter den Bedingungen höchst seltsamer und stets brüchiger Allianzen. Interessen an der Ablösung der Manchu-Dynastie hatten ihr eigener Großminister Yuan Shi Kai ebenso wie die Militärstatthalter des Regimes in den Provinzen. Die Revolutionäre, die einen Verfassungsstaat nach westlichem Vorbild in Kombination mit einer von oben gelenkten Erziehungsdiktatur anstrebten,2 waren mehr und mehr die nützlichen Idioten der zentrifugalen Kräfte im Reich geworden. Diese "Warlords", die allein Macht und Einfluss des eigenen Clans im Auge hatten und

ihre Bündnisse nach persönlichem Nutzen eingingen, sahen in der Abschaffung der Zentralmonarchie, in deren Diensten sie "eigentlich" standen, die Chance zur persönlichen, unumschränkten Herrschaft. Die Methoden der Herrschaftsausübung unterschieden sich um kein Jota von denen der Vergangenheit. Natürlich war keiner der chinesischen Nachfolgestaaten, die als abtrünnige Provinzen ihre "Unabhängigkeit" erklärt hatten, bereit, sich eine Verfassung zu geben oder sich an eine republikanische Zentralverfassung zu binden.

Yuan Shi Kai, dem das kaiserliche

Regime im November 1911 noch die Befehlsgewalt über die Regierungstruppen gegeben hatte, einigte sich mit Sun Yat Sen auf einen Machtübergang und wurde nach einer kurzen Übergangsphase, einer sechswöchigen (!) Präsidentschaft Suns, selbst Präsident der Chinesischen Republik bis zu seinem Tod 1916. Das Parlament, das aufgrund einer bürgerlichen Verfassung gewählt wurde und das ohne

den Wahlsieger, die Fraktion der Guomindang (GMD), nicht handlungsfähig gewesen wäre, schaltete Yuan nach kurzer Zeit aus und verbot die GMD. Sun Yat Sen stand wieder einmal mit dem Rücken zur Wand.

Die Fiktion einer parlamentarischen Demokratie konnte mühelos aufgegeben werden, weil jegliche Substanz fehlte, die eine bürgerlichdemokratische Entwicklung gefördert und benötigt hätte. Die Märkte waren für Kapital aller imperialistischen Länder geöffnet worden, das sich, genauso wie die wenigen chinesischen Unternehmer, an die Warlords hielt und die legitime Regierung des Landes überging. Man war der Republik China in keiner Weise entgegengekommen, was die Auflösung

2- Nath Roy (Revolution und Konterrevolution in China, Berlin 1930) unterzieht die "Drei Volksprinzipien" Sun Yat Sens als Zeitgenosse zu Recht einer scharfen Kritik. Er konstatiert, Sun fordere als notwendige Etappe zur Verwirklichung der Volkssouveränität "die Periode der Vormundschaft, während der das Volk unter väterlicher Diktatur der Sachverständigen über seine politischen Rechte und Pflichten aufgeklärt wird." (ebd., 223) Damit werde die konfuzianische Grundausrichtung und somit die Rückwärtsgewandtheit Suns offensichtlich.

der Ungleichen Verträge betraf. Die Staatsausgaben waren konzentriert auf die Ausgaben für die zahlreichen Feldzüge gegen abtrünnige Provinzen, Parlamentsbeschlüsse dafür waren überflüssig.

Der Eintritt sozialistischer Politik in die chinesische Gesellschaft

Es gab um die Jahrhundertwende durchaus Arbeiterorganisationen auf lokaler Ebene, die für ihre Rechte kämpften und streikten und dadurch

Feinde des Regimes waren.³ Diese Aufstände wurden durchgehend mit brutaler Gewalt durch Regierungen und Militär beendet, Anführer wurden reihenweise hingerichtet. Sowohl ihrer meist spontanen Erscheinungsform wie der rückhaltlosen Entschlossenheit ihrer Kämpfer nach reihen sich diese Verzweiflungsaktionen nahtlos in die gesellschaftlichen Großkonflikte des 19. Jahrhunderts ein.

Sie betrafen in diesem Land mit etwa 400

Millionen Menschen allerdings nur wenige Hunderttausende, die konzentriert waren auf die Hafenstädte, die von den Ausländern geöffnet worden waren und vor allem Shanghai, der größten Stadt der Erde zu dieser Zeit. Dort bildeten sich zögernd Ansatzpunkte für Arbeiter-organisationen, die konspirativ, aber theoriefern agierten und ohne überlokale Organisationsstrukturen blieben. Sie waren in ihrer Entwicklung nicht nur durch die ungeheuere Repression von Regierung, Militär und Kapital gehindert, sondern auch durch ihre eigenen Traditionen. Man war dem Denken der Gilden und Hilfsvereine, die länger als 1000 Jahre existierten, verhaftet und sah demzufolge als den ersten Feind die modernen Produktionsmittel an, welche von den Kapitalisten ins Land gebracht wurden. In blutigen Auseinandersetzungen lernte man die Kampfziele zu verändern und Streiks fanden ab Mitte der 1890er Jahre eher für bessere Lebensund Arbeitsbedingungen oder gegen die imperialistischen Invasoren statt.⁴

Eine Politisierung nach europäischen Maßstäben ging damit nicht einher, auch die Tongmenghui von Sun Yat Sen interessierte sich nicht für die sehr wenigen Arbeiter.

Allein einige Anarchisten versuchten politisierte Organisationen



Demonstrierende Studenten in Peking am 4. Mai 1919

und Bildungsvereine in Kanton und der Provinz Hunan zu gründen. Vorbilder waren die russischen Anarchisten der Zarenzeit, aus deren Schriften etwas Material ins Chinesische übersetzt worden war.

Dabei war der Hunger nach Informationen aus dem Westen groß, denn der Westen hatte sich als überlegen gezeigt und nach ihm musste man seinen künftigen Weg ausrichten, wollte man als einheitlicher Staat überleben.

Während Studierende wie Lehrende in westliche Länder reisten, um dort zu lernen und zu arbeiten, war dieser Weg der Masse der Lohnarbeiter lange versperrt geblieben. Erst die Ausstellung von Arbeitskontrakten für den transkontinentalen Eisen-

bahnbau in den USA öffnete China für einige Arbeiter. Allerdings wurden die Einwanderer im dünn besiedelten Westen der USA vollständig absorbiert, es flossen also keine Erfahrungen zurück, die den chinesischen Arbeiterorganisationen hätten helfen können.

Aufklärung, Individualismus, Religionskritik, Nationalismus, Rassismus, Verfassungsmodelle – alle Denkansätze und Konzepte wurden auch nach China getragen, sie blieben aber auf Diskussionen intellektueller Zirkel beschränkt und konnten nicht

für gesellschaftliche Reformen funktionalisiert (oder begründet verworfen) werden. Eine Ausnahme gibt es dabei: den Nationalismus.

Die Schriften von Karl Marx lagen bis auf eine gekürzte Version des "Kapitals" und der "Kritik des Gothaer Programms" vor den 1920er Jahren nicht in chinesischer Sprache vor. Das Interesse am Marxismus blieb auf eine winzige Zahl junger Intellektueller innerhalb eines kleinen Kreises von Gesellschaftswissenschaft-

lern beschränkt. Dass der Kommunismus wenige Jahre später zur Befreiungstheorie einer erwachenden Arbeiterbewegung, wenn auch auf schmaler Grundlage, werden sollte, war 1911 noch unvorstellbar. Diese Entwicklung wurde durch das Ende des I. Weltkrieges entscheidend beschleunigt, durch das Chaos der Warlord-Zeit begünstigt und durch die schließliche Vernichtung der Arbeiterbewegung in den Millionenstädten endgültig auf den Weg zu einem "chinesischen Sozialismus" gebracht.

Die 4.Mai-Bewegung von 1919

Die dünne demokratische Fassade, die 1912 geschaffen wurde, konnte den Zerfall des Reiches nicht stoppen. Um Handlungsfreiheit im Inneren zu gewinnen, sollten die ausländischen Mächte, die seit den Ungleichen Verträgen verbriefte Besitzansprüche in China hatten,

³⁻ Peter Schier: Die chinesische Arbeiterbewegung. (in: Lorenz (Hg.): Umwälzung einer Gesellschaft, Frankfurt / Main 1977), hier bes. 275 - 280

⁴⁻ nach einer chinesischen Untersuchung, die Schier S. 276 anführt, fanden im Zeitraum 1870 - 1895 insgesamt 16 (!) Streiks statt, 1896 - 1911 waren es 91

⁵⁻ Mishra, 235; aus Indien rekrutierten die Briten mehr als eine Million Soldaten und Arbeitskräfte, ebd.

"hinausverhandelt" werden. Es ging um die Frage der Gegenleistung. Der Weltkrieg bot China eine scheinbar günstige Gelegenheit. Es schickte in die alliierten Staaten zwar keine Soldaten, aber 200 000 Arbeitskräfte⁵ an die Front und erklärte den Mittelmächten den Krieg. Die Reden des US-Präsidenten über das Selbstbestimmungsrecht der Völker in den Ohren, wurde Liang Qichao, ein prominenter konservativer Reformer und Intellektueller, als Vertreter Chinas entsandt, um bei der Pariser Friedenskonferenz, dem Gremium der Siegermächte zur (Neu-) Verteilung der Kriegsbeute, die Anliegen seiner Regierung vorzubringen. Er scheiterte auf ganzer Linie. Die westlichen Imperialisten hatten in Geheimverhandlungen mit Japan längst beschlossen, deren Besetzungen und Besitzansprüche anzuerkennen und China in seinem semikolonialen Status zu belassen.

Die Empörung über diesen Verrat befeuerte die sogenannte "4.Mai-Bewegung", sie führte nicht nur zu wütenden Demonstrationen, sondern auch zu Ausschreitungen gegenüber Ausländern. Die eigene, sowieso zu schwache Regierung war gedemütigt worden, weder die Adaption westlichen Gedankengutes und die Öffnung der Märkte waren belohnt worden, noch bestand die Aussicht, dass eine Rückbesinnung auf "chinesische Werte", den Konfuzianismus und den Isolationismus, welche die Krise vertieft hatten, zur Lösung der Probleme beiträgt.

Die Bedeutung dieser Bewegung, bis heute ein Ereignis von zentraler Wichtigkeit für die chinesischen Gesellschaftswissenschaften, besteht im Aufbruchscharakter verschiedener oppositioneller Strömungen, die nach eigenständigen Lösungen suchen. Es gibt Ansätze (und mehr als das) einer öffentlichen Debatte in zahlreichen Milieus, bei unterschiedlichen Klassen, die wie ein Flächenbrand das Land ergreifen. Und es ist die Zeit, als das konfuzianische Denk- und Regierungssystem zum ersten Mal auf wirklich breiter Basis kritisiert wird. Damit werden die konservativen Gegenkräfte, für eine kurze Zeit, zum Verstummen gebracht und es eröffnen sich Spielräume für neue, revolutionäre Ansätze.

Eine imperialistische Macht war 1917 aus dem Weltkriegsgeschehen ausgeschieden, die Oktoberrevolution veränderte Russland grundlegend. In Bezug auf China ist von Bedeutung, dass die junge Sowjetregierung im Juli 1918 beschließt, auf russische Vorrechte in China zu verzichten, sie präzisiert ihre Absichten dazu im Juli 1919.⁶

Unterstützend wird in Irkutsk 1920 das Östliche Sekretariat des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationalen eingerichtet⁷, das u.a. Kontakt zu chinesischen Sympathisanten der UdSSR und Befürwortern des Sozialismus in China aufbauen sollte.

Die sehr, sehr schwachen Kräfte, die als Delegiertenversammlung im Juli 1921 die Gongchandang, die Kommunistische Partei, gründeten, wurden von dem Niederländer Maring im Auftrag der Komintern und von Nikolaevsky, dem Abgesandten des Östlichen Sekretariats, dabei unterstützt und beraten.8 "Wahrscheinlich nahmen zwölf chinesische Vertreter teil, die für insgesamt 57 Mitglieder in sieben Zentren und 350 Mitglieder von Sozialistischen Jugendvereinigungen sprachen."9 Unter konspirativen Bedingungen wurde die Partei in der Nähe Shanghais, dem Sitz der größten Teilgruppe, gegründet. Chen Duxiu, der Redakteur einer kleinen sozialistischen Zeitschrift und Gründer des Sozialistischen Jugendverbandes, wurde ebenso in Abwesenheit zum Ersten Sekretär der Partei gewählt wie Zhang Guotao, ein Mitglied einer kleinen Studiengruppe für marxistische Theorie an der Universität Peking, zum Organisator der Partei.¹⁰

Chen blieb bis zu seiner Absetzung im August 1927 ein Parteisekretär, der Durchsetzungsvermögen und Ausdauer beim Aufbau der Organisation zeigte und die Partei innerhalb weniger Jahre zu einer

auf die Städte konzentrierten Massenpartei machte. Er war während seiner Amtsführung bereit und in der Lage, die Mehrheit der Parteiführung darauf zu verpflichten, dem Kalkül der Komintern Folge zu leisten und die Gongchandang in die Mitgliedschaft bei der GMD und damit in die Abhängigkeit von ihr und ihren (nicht nur) finanziellen Mitteln zu führen.¹¹

Aus Sicht der Sowjetunion war die Entwicklung in China eine nicht wiederkehrende Chance, die Verhältnisse im östlichen Nachbarland zu beeinflussen. Sun Yat Sen und mehr noch Chiang Kai-shek, der ihn nach Suns Tod 1925 politisch beerbte, arbeiteten in diesen Jahren eng mit der UdSSR zusammen. Chiang konnte 1923 eine von der Sowjetunion getragene und mit Ausbildern versehene Militärakademie einrichten, in der alle wichtigen Führer der nationalistischen Truppen ausgebildet wurden, die die Kämpfe gegen Warlords, gegen japanische Truppen, vor allem aber gegen streikende Arbeiter und Kommunisten und schließlich gegen die Truppen der Kommunistischen Partei führten. Und die sowjetische Militärhilfe für die GMD dauerte über das Wendejahr 1927 hinaus an, die Unterstützung der Nationalregierung (gegen die Volksbefreiungsarmee) wurde nach dem Abzug der Japaner 1945 sogar erneuert.

Die zahlenmäßige Schwäche der Bewegung, vor allem aber die fehlende Reife für eine sozialistische Revolution, ließen die Komintern ebenso wie die sowjetischen Regierungen, wenngleich selbst aus unreifen Bedingungen hervorgegangen, auf die GMD setzen. Dies zeitigte fürchterliche Konsequenzen für die chinesischen Kommunisten. Dies war aber auch die blutige Geburtsstunde eines "chinesischen Weges zum Sozialismus".

⁶⁻ Kuhn: Die Republik China von 1912 bis 1937, Heidelberg 2007, 3. überarbeitete Auflage, 261

⁷⁻ ebd., 263

⁸⁻ ebd., 265

⁹⁻ ebd.

¹⁰⁻ Zhang Guotao, einer von sieben namentlich bekannten Teilnehmer des Studienzirkels, lief 1938, nach fünf Jahren Arbeit als politischer Kader der 4. Frontarmee, zur GMD über. Von den sechs anderen Teilnehmern, darunter Mao Zedong, wurden vier zwischen 1927 und 1935 von den Nationalisten als Kommunisten hingerichtet.

¹¹⁻ Über die persönliche Position Chens in dieser Schlüsselfrage der Partei gibt es in der herangezogenen Literatur unterschiedliche Angaben. Das Verdikt der KP, Chen sei wegen "Opportunismus" seines Amtes enthoben worden, macht ein Urteil aus der Ferne nicht leichter.

Tschechien vor der Wahl

n der Tschechischen Republik finden am 7. und 8. Oktober Regional- und Senatswahlen statt (ein Drittel des Senats wird gewählt). Obwohl Parlamentswahlen erst nächstes Jahr erwartet werden termingemäss –, wird die diesjährige Wahl als ein Zeichen angesehen: ein vielleicht wichtiges Zeichen für eine mögliche politische Entwicklung. Denn die zwei wichtigsten Parteien, die Sozialdemokraten und die ANO-Bewegung, stehen im Wettbewerb miteinander um den ersten Platz. Meinungsumfragen zeigen eine Schaukelbewegung – nicht immer, doch sehr oft steht die ANO-Bewegung (die sich immer noch offiziell nicht als "Partei" bezeichnen will) vor den Sozialdemokraten, z. B. den jüngsten Juliergebnissen zufolge. Dies ist deshalb wichtig, weil, wenn ihr Gründer und Vorsitzender, der Milliardär Andrei

Anzeige

August Thalheimer:

Einführung in den

dialektischen Materialismus



Vorträge für chinesische Studenten der Sun-Yat-Sen-Universität in Moskau 1927, mit den Vorworten zur deutschen Ausgabe, Wien-Berlin 1928, und zur amerikanischen, New York 1936.

Nachdruck 190 Seiten, Klebebindung. 5,- €.

Babiš, im nächsten Jahr Ministerpräsident wird, dann wird sich die Regierungspolitik ziemlich ändern. Da hilft es nicht, wenn ein Gesetz über Interessenkonflikt im Abgeordnetenhaus diskutiert wird (von Ironikern Lex Babiš genannt), das es einem Politiker nicht erlaubt, Regierungsmitglied zu werden für den Fall, dass er "eine Geschäftskorporation oder ein Medienunternehmen" beherrscht – beides bezieht sich auf diesen Minister.

Solange es die Sozialdemokraten sind, die die Grundtendenz der Regierungspolitik angeben, kann man annehmen, dass sie auch in der Sozialpolitik den Ton angeben, umso mehr allerdings vor den Wahlen: Altersrenten werden – wie im Vorjahr – angehoben, ebenso wie der Minimallohn, die Unterstützung für kinderreiche Familien wird erhöht usw. (Natürlich werden diese Maßnahmen von der ganzen Regierung verabschiedet, doch die meisten Vorschläge kommen von den Sozialdemokraten.)

Es ist klar, dass es auch Schattenseiten gibt – schliesslich leben wir doch im Kapitalismus. So ist es nicht überraschend, wenn wir erfahren, dass es heutzutage doppelt so viele sog. ausgeschlossene Lokalitäten, sonst Ghettos genannt, gibt wie 2006 – es gibt 600 davon, in denen 105.000 Menschen leben (meistens Roma).

Unter der Armutsgrenze leben in Tschechien ungefähr 900.000 Menschen. Doch weitere Zehntausende sind von dieser Grenze nur durch ein paar hundert Kronen "entfernt". Unter der Armutsgrenze – d.h. einem Reineinkommen von 9.907 Kronen – leben 9,7 Prozent der Bevölkerung. Würde die Grenze um 165 Kč erhöht, wären fast 65.000 Menschen mehr bedroht.

Seit der "Umwälzung" von 1989 gibt es immer wieder Schätzungen, wie weit Tschechien vom Lebensniveau der "mehr entwickelten" westeuropäischen Länder entfernt ist. Eine bedeutende Studie der größten Gewerkschaftszentrale – ČMKOS, Tschechisch-mährische Konföderation der Gewerkschaftsverbände – vom Vorjahr, die unter dem Titel Eine Vision der Wirtschaftsstrategie der Tschechi-

schen Republik veröffentlicht wurde (und soviel ich weiß, seitens der Regierung keiner seriösen Kritik unterworfen wurde) kam zu dem Schluss, dass es ohne eine grundlegende Änderung der Wirtschaftspolitik hundert Jahre dauern könnte.

Zusammengefasst fand die Studie heraus, wenn die bisherige Politik ohne Änderung auch weiterhin andauert, würden die Arbeiter weiter ein Drittel der westeuropäischen Löhne beziehen, die Entfernung zu den entwickelten Ländern würde wachsen, und die Tschechen könnten ihre Nachbarn in einigen Dekaden oder gar Jahrhunderten einholen. Denn anstatt von Fertigprodukten mit hohem Mehrwert würden immer mehr Komponenten und Teile produziert für niedrige Preise – daher für niedrige Löhne.

Die Tatsache, dass die Wirtschaft dieses Staates sehr schnell wächst im zweiten Vierteljahr 2016 waren es 2,5 Prozent, doch seit dem zweiten Vierteljahr 2015 sinkt dieser Wert kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Wirtschaftspolitik geändert werden müsste. Die Regierung sollte sich vielmehr auf höher qualifizierte Arbeit orientieren, auf Innovationen, sowie auf Produkte, die veredelt werden. Die Politik niedriger Löhne (Arbeitskosten) sowie eines niedrigen Wechselkurses für die Krone führt zu absteigender Restrukturierung der Wirtschaft in Richtung niedrigerer Stufen der Bearbeitung.

Leider gibt es keine Anzeichen dafür, dass diese oder vielleicht die nächste Regierung den Schlüssen dieser Studie folgen könnte. Der Grund ist leicht zu finden: Im System, in dem wir leben, können Regierungen wirtschaftlich keine im wahren Sinne des Wortes strategischen Entscheidungen treffen. Das zu tun, sind nur die wirklichen "Wirtschaftsführer" imstande - d.h. die Kapitalisten. Heute können die Regierungen die Staaten, die sie leiten, nur verwalten – sie zu ändern, sogar grundlegend, daran denken sie gar nicht. Die tschechische Regierung stellt sich der politischen Wahl, doch eine wirtschaftliche Reorientierung gibt es für sie nicht.

Štěpán Steiger

Zum Spanischen Bürgerkrieg



Am 17. Juli 1936 begann der spanische Bürgerkrieg. Es war ein Krieg, der, ausgelöst durch innerspanische Konflikte wie etwa die Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums, die Landfrage und die Stellung der Kirche, zwar als Bürgerkrieg begann, doch bereits nach wenigen Tagen von internationalen Interessen bestimmt wurde. Die Unterstützung der Putschisten durch die faschistischen Mächte Deutschland und Italien, die in Spanien Strategien und Waffenarsenale in einer wirklichen Kriegssituation erproben konnten, führte bereits drei Jahre vor dem Zweiten Weltkrieg zu einer militärischen Auseinandersetzung zwischen dem Faschismus und seinen Gegenkräften.

Der Spanische Bürgerkrieg war, wegen des 80. Jahrestags bereits in einigen bürgerlichen Zeitungen, vor allem aber in linken Publikationen Thema, ging es damals doch um nichts weniger als um eine Weichenstellung in der Geschichte: Wohin entwickeln sich Europa und die Welt; führt der Weg in eine sozialistische Richtung oder bleibt sie kapitalistisch mit der drohenden faschistischen Gefahr?

Wir wollen den Jahrestag zum Anlass nehmen, um unsere Einschätzung zu den Ereignissen in Spanien darzulegen.

Diese Sicht unterscheidet sich von der vieler anderer linker Gruppen vor allem in der unterschiedlichen Einschätzung der verheerenden Rolle der Volksfrontpolitik in Spanien und der Bewertung der POUM.

Dazu drucken wir einen Artikel ab, den ein nun bereits verstorbener Genosse vor zehn Jahren zum damals 70. Jahrestag des Beginns des Bürgerkriegs verfasst hatte.

Zur Vertiefung dieses Themas verweisen wir auf unser Buch "Der spanische Bürgerkrieg". Es beinhaltet u.a. Aufsätze von August Thalheimer und Waldemar Bolze und hat in seinen Kernaussagen nichts an Aktualität eingebüßt. Wir werden in den nächsten Nummern der Arsti einige der Artikel daraus nachdrucken.

Es sind noch einige Exemplare vorrätig; das Buch kann über unsere Redaktionsadresse bestellt werden.

Die Republik

Nachdem die Kommunalwahlen im April 1931 antimonarchistische Mehrheiten erbracht hatten, verlor König Alfonso XIII die Lust an seinem Königreich und setzte sich ins Ausland ab – ohne Abdankung oder sonstige Verfügungen. Nun war sie da, die Republik, ohne Revolution, Aufstände oder Volksentscheide.

Die Republik – von großen Teilen des Bürgertums und auch der Unterschichten ersehnt als Beginn politischer und sozialer Fortschritte; von der Kirche und ihren Gläubigen, den Großgrundbesitzern und anderen Reaktionären wie den Karlisten verteufelt als Untergang des christlichen Spanien und seiner (idealisierten) großen Geschichte. Beide Vorstellungen waren weit von den realen Möglichkeiten entfernt.

Die soziale Situation

Nicht nur in den politischen Erwartungen und Ängsten war Spanien ein gespaltenes Land. 70 % der Erwerbstätigen waren in der Landwirtschaft beschäftigt. Davon die

Mehrzahl als besitzlose Landarbeiter oder Kleinpächter. Nur im Norden (Navarra) und im mittleren Spanien gab es Bauern. Im Süden war Großgrundbesitz vorherrschend. In Andalusien beherrschten rd. 50.000 meist adlige Großgrundbesitzer rd. 2 Millionen Landarbeiter.

Industrielle Großbetriebe gab es im Baskenland und Katalonien (Schiffbau). In Asturien fand Bergbau in großem Umfang statt. Die Mehrzahl der größeren Betriebe war in ausländischem (vor allem englischem und französischem) Besitz. Ansonsten überwog in den Städten Handwerk, Manufaktur und kleine Industrie.

Von der erwerbsfähigen Bevölkerung werden 4-5 Millionen armen Landarbeitern und Kleinpächtern, 3-4 Millionen den Arbeitern, Kleingewerbetreibenden, Handwerkern zugerechnet. Diesen rd. 8 Millionen standen etwa 2 Millionen Mittelständler (Bauern, Kaufleute und Kleinkapitalisten) und rd. 1 Million der Oberschicht (Großgrundbesitzer, einheimische Kapitalisten, höhere Geistliche, Beamte und Offiziere) gegenüber.

Katholische Schulen spielten eine große Rolle. Die staatlichen Grundschulen waren schlecht

ausgestattet. Deshalb war ungefähr die Hälfte der Spanier Analphabeten – natürlich mit Schwerpunkt in den Unterschichten. Höhere Schul- bzw. Universitätsbildung stand fast ausschließlich Kindern (meist Söhnen) aus der Mittel- und Oberschicht offen.

Kirche

In der spanischen Geschichte spielte die katholische Kirche eine noch größere Rolle als im übrigen Europa. Sie unterstützte immer die jeweils reaktionärsten Kräfte der Gesellschaft. Über die konfessionellen Schulen, über die ca. 5.000 Klöster und über deren beträchtlichen Grundbesitz nahm sie Einfluß auf Gesellschaft und Politik. Im Bürger- krieg unterstützte der hohe Klerus bedingungs-

los die Putschisten. Schon im Oktober 1936 erkannten die Bischöfe die nationale Junta in Burgos unter dem Generalissimus Franco als rechtmäßige Regierung an. Mehrere Autoren (Reventlow, Thomas) bestätigen aber auch, daß manche Pfarrer analphabetische Arbeiter bei Schriftwechsel mit Behörden usw. unterstützten und auch sonst soziales Engagement zeigten. Naturgemäß kann es keine zahlenmäßigen Angaben über den Anteil dieser Geistlichen am gesamten Klerus geben. In höheren Rängen tauchen fortschrittliche Priester jedenfalls nicht auf.

Die erste Koalition 1931 – 1933

Antiklerikale liberale Gruppen und die Sozialistische Partei bildeten die erste republikanische Regierung unter dem Ministerpräsidenten Azaña. Die kleine kommunistische Partei, bis 1935 noch im Dogma der Sozialfaschismustheorie befangen, beteiligte sich nicht. Die Koalition begann eine bürgerlich-weltliche Gesetzgebung: Frauenwahlrecht, Zivilehe, Ehescheidung, Verbot der katholischen Schulen, Abschaffung der Adelstitel und Einschränkungen der Tätigkeit katholischer Orden brachten Spanien auf das Niveau europäischer bürgerlich-demokratischer



Staaten. Soweit die fortschrittliche, positive Seite der Koalition.

Anders sah es mit ökonomischen Reformen aus, die vor allem von den Sozialisten angestrebt wurden. Es wurden zwar Mindestlöhne festgesetzt, ein Tarifrecht mit Schlichtung erlassen, doch die Einhaltung wurde nur unzureichend überwacht. Eine Landreform wurde formal beschlossen. Sie sah aber keine Enteignung brachliegenden Landes vor - sondern die Eigentümer sollten nach einem so langwierigen Verfahren entschädigt werden, daß es praktisch zu keinen Übereignungen von Land an besitzlose Landarbeiter und Kleinpächter kam.

Im Ergebnis setzten sich die Liberalen durch: bürgerlich-demokratische Rechte und Freiheiten wurden beträchtlich erweitert, doch Eigentum wurde geschützt. Für die Arbeiter und Landlosen blieb alles beim schlechten Alten. Entsprechend groß war deren Unzufriedenheit.

Die Rechte nahm die antiklerikalen Gesetze zum Anlaß einer vehementen Propaganda, die den Verfall aller moralischen Werte und den Untergang Spaniens an die Wand malte. Mit Erfolg. Die Wahlen von 1933 brachten eine konservative Mehrheit.

Die Rechtsregierung 1933 – 1936

Mehrere klerikale, konservative bis reaktionäre Gruppen hatten sich zu einer rechten Sammlungspartei (CEDA) vereinigt. Sie wurde nach einigen Monaten an der Regierung beteiligt. Fortschrittliche Gesetze sollten zurückgenommen werden. Von sozialen Reformen war nicht mehr die Rede. Das führte zu immer militanterem Widerstand der Arbeiterklasse. Ein vom sozialistischen Gewerkschaftsbund UGT ausgerufener Generalstreik brach zusammen. Gewerkschaftsführer (Largo Caballero u. a.) wurden verhaftet. In Katalonien rief die Provinzregierung die Autonomie aus. Auch dieser Versuch, der Rechtsentwicklung entgegen zu wirken, wurde niedergeschlagen. Härter war der Kampf im Bergbaugebiet Asturiens 1935. Hier hatten sich die sonst verfeindeten anarchosyndikalistischen (CNT)

und die sozialistischen Gewerkschaften (UGT), die Arbeiterparteien, Sozialisten (PSOE) und POUM und nach einigem Zögern auch die Kommunistische Partei (PCE) zu einer Einheitsfront zusammengeschlossen.

Zur Niederschlagung des Aufstands, zu dem der anfängliche Streik sich fortentwickelt hatte, wurden Kolonialtruppen unter dem Befehl des Generals Franco (marokkanische Söldner – Regolares – und die spanische Fremdenlegion) eingesetzt. Die Zahl der getöteten Arbeiter wird auf rd. 1000 geschätzt. Über 30.000 politische Gefangene aus Asturien, Barcelona und dem Generalstreik der UGT saßen in den Gefängnissen.

Die Schwäche der Linken zeigte sich auch darin, daß es nicht gelang, die Kämpfe zu vereinheitlichen. Die Aufständischen in Asturien kämpften weitgehend allein.

Wahlerfolg der Linken 1936

Die linken Parteien schlossen sich zu einer Volksfront zusammen. Im Wahlkampf traten sie allerdings nicht einheitlich unter diesem Namen sondern auch als Volks-Block bzw. einfach als Izquierda (Linke) auf. Hauptlosung war die Amnestie für die politischen Gefangenen. Die Anarchosyndikalisten, die Wahlen

bisher ablehnten, scheinen zumindest teilweise die Linke gewählt zu haben – nicht aus Opportunismus sondern um die inhaftierten Genossen zu befreien.

Das damalige spanische Wahlgesetz begünstigte die stärkeren Parteien bzw. Wahlbündnisse. Die Volksfront gewann zwar nicht ganz die absolute Mehrheit der Stimmen, aber die der Mandate.

Regierung der Liberalen

Der linke Flügel der Sozialisten lehnte eine Regierungsbeteiligung ab. Ihr Sprecher, Largo Caballero, soll gesagt haben, er wolle nicht wie ab 1931 Gefangener der Liberalen werden. Der Sprecher des rechten Flügels, Prieto, wäre zu einer Koalition bereit gewesen, unterlag aber den Linken. Die Sozialisten stützten jedoch die Regierung im Parlament.

Von den Wahlversprechen wurde die Durchführung der Amnestie weitgehend eingehalten. Die Einstellung von Arbeitern, die während der Streiks entlassen worden waren, wurde von Unternehmern und Behörden aber sehr schleppend durchgeführt oder sabotiert.

Vor dem Putsch

Vermutlich schon vor den Wahlen am 16. 2. 1936 begann die Mehrheit der Generäle den Putsch vorzubereiten. Die Armee sollte das nationale und das hieß in den Vor-

stellungen der Rechten auch das katholische Spanien wieder herstellen. Es ging den späteren Putschisten nicht nur um eine andere oder eine Militärregierung sondern um die Vernichtung der Linken.

Die rasch aufeinander folgenden liberalen Regierungen (die Ministerpräsidenten Quiroga, Barrio, Giral) reagierten nur halbherzig. Einige Kommandeure wurden zwar auf vermeintlich ungefährlichere Posten versetzt, doch die liberalen Regierungschefs wagten es nicht, entschieden durchzugreifen. Der nach Pamplona versetzte General Mola nutzte z.B. seine Versetzung zu Verhandlungen und schließ-



lich der Einigung mit den Karlisten. Diese konnten in Navarra ihre Milizen, einige tausend Mann, die mit modernen italienischen Waffen ausgerüstet wurden, in Ruhe ausbilden (Reventlow). Der Regierung kann das kaum entgangen sein. Sie tat nichts. General Franco wurde nach Teneriffa versetzt. Er flog mit einem Charterflugzeug nach spanisch Marokko, verließ also ohne Erlaubnis seinen Posten. Normalerweise nennt man das Meuterei. Die Regierung sandte ihm einen Unterhändler, den Franco erschießen ließ (Reventlow).

Unterschiedliche Angaben gibt es auch zur Stellung hauptsächlich italienischer Transportflugzeuge, mit denen Franco seine Kerntruppen (Fremdenlegion und marokkanische Regolares) nach Spanien übersetzte. Es gibt Hinweise, daß Mussolini diese bereits vor dem 17. 7. 1936 bereitstellte.

Die faschistische Falange startete eine Mordkampagne gegen republikanische Journalisten, Schriftsteller und Intellektuelle. Auch linke Militante verübten Attentate auf Falangisten und rechte Politiker. Die Falange war allerdings damals noch keine Massenpartei. Das wurde sie erst nach dem Sieg der Militärs. Ihre Mitgliederzahl 1936 wird für ganz Spanien auf etwa 25.000

geschätzt (Thomas). Die Politik der Rechten bestimmten die Offiziere. Allerdings bewirkten die Attentate eine Verunsicherung in der öffentlichen Meinung und auch bei Teilen der Bevölkerung.

Putsch und Revolution

Am 17. Juli 1936 schlugen die Putschisten in spanisch Marokko los. Es gab keinen nennenswerten Widerstand. Am 18. 7. meuterten die Garnisonen in Spanien. In den konservativen Teilen Spaniens, vor allem im Nordosten, blieb der Widerstand der Republikaner gering. Vor allem in den größeren Städten (Madrid, Valencia, Barcelona u.a.) leistete besonders die Arbeiterklasse erbitterten und erfolg- reichen Widerstand. In Barcelona reagierten die Ar-

beiter im Gegensatz zur republikanischen Regierung auf den sich abzeichnenden Putsch mit frühzeitiger Organisation. Die Gewerkschaftsbüros der CNT glichen in diesen Tagen Rekrutierungs- und Organisationsbüros der Milizen, schreibt z. B. der Anarchist Souchy, der sich zu dieser Zeit in Barcelona aufhielt. Auch Teile der Armee schlossen sich den Republikanern an. Das Unteroffizierskorps bestand in Teilen aus Arbeitern technischer Berufe, die sich gegen ihre Offiziere stellten. Auf den meisten Schiffen der Kriegsmarine verhafteten oder töteten die unteren Dienstgrade ihre putschenden Offiziere und stellten sich auf die Seite der Republik.

Die liberale Regierung behinderte den Widerstand. Die Behörden wurden angewiesen, den Arbeitern keine Waffen und Munition aus den Magazinen der Armee oder Polizei herauszugeben. Allerdings hielten sich nicht alle Gouverneure an diese Anweisung und in den Zentren der Gegenbewegung wie in Barcelona stürmten die Arbeiter die Magazine und nahmen sich die Waffen.

Gleichzeitig und von der Bewegung der Arbeiterklasse nicht zu trennen, entwickelten sich in den Zentren des Widerstands (vor allem in Katalonien) revolutionäre Bewegungen. Milizen traten an die Stelle von Polizei und Armee. Revolutionäre Komitees übernahmen, gestützt auf diese Milizen, die Zivilverwaltung. Betriebe wurden von Arbeitern übernommen, Landgüter kollektiviert, Klöster und Kirchen enteignet, allerdings zum Teil auch niedergebrannt.

Anzeige

Der spanische Bürgerkrieg

Die Niederlage der spanischen Republik 1939 war eine Niederlage für die spanische und internationale Arbeiterbewegung und ist bis heute Thema ungezählter Bücher.



Dieses Buch stellt die Geschehnisse

in Spanien aus der Sicht der KPD-0 (Kommunistische Partei – Opposition), bzw. der sich in diese Tradition stellenden Gruppe dar. Die Position dieses Teils der Arbeiterbewegung wird in der bis heute andauernden Diskussion kaum zur Kenntnis genommen.

Wir sehen dieses Buch auch als einen Beitrag zur Diskussion über eine der Ursachen, die zur weltweiten Niederlage der Arbeiterbewegung und der Ansätze zum Sozialismus geführt haben.

240 Seiten, Paperback, 12,- € ISBN 3-00-010296-5
Herausgegeben von der *Gruppe Arbeiterstimme*Bestelladresse:

T. Gradl, Postfach 910307 90261 Nürnberg

oder: redaktion@arbeiterstimme. org

Die militärische Ausgangslage

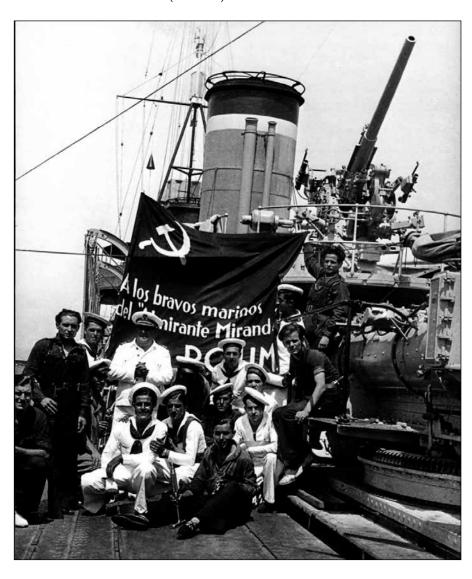
Der größere und vor allem der bevölkerungsreichste Teil Spaniens (siehe Karte) hatte den Putschisten widerstanden. Große Teile der Armee, Marine und die gesamte (allerdings kleine) Luftwaffe verteidigten die Republik. Milizen (hauptsächlich CNT, in kleinerer Zahl auch der POUM) hatten großen Kampfgeist bewiesen. Allerdings fehlte es an Waffen. Die Ausrüstung der spanischen Armee war veraltet. Mexiko und die Tschechoslowakei lieferten den Republikanern zwar leichte Waffen, doch Kampfflugzeuge, Panzer und schwere Artillerie waren zunächst nicht zu beschaffen.

Die Putschisten hatten diese Sorgen nicht. Das faschistische Italien sandte Truppen, darunter auch Panzerdivisionen. Die Zahl der italienischen Soldaten in Spanien erreichte 50.000 Mann. Italien lieferte 763 Flugzeuge und anderes Kriegsmaterial an die Putschisten (Thomas).

Nazideutschland stellte die damals modernsten Kriegsflugzeuge in der Legion Condor. Die Zahl der deutschen Flugzeuge war geringer als die italienischen Lieferungen. Doch wurde die Legion Condor laufend mit Nachschub versorgt, und Verluste ausgeglichen. Die kleine portugiesische "Legion" war schlecht bewaffnet und spielte nur eine geringe Rolle.

Diese Hilfe der faschistischen Mächte war keineswegs uneigennützig. Bergbaukonzessionen sollten die Rüstungsindustrie hauptsächlich Deutschlands beliefern. Die neu entwickelten Flugzeuge konnten unter Gefechtsbedingungen erprobt und verbessert, die Flugzeugführer und das Bodenpersonal trainiert werden.

Vor allem diese frühzeitige und massive Hilfe ermöglichte es den Putschisten, ihre Offensive von Süden her mit den von den Transportflugzeugen Hitlers und Mussolinis eingeflogenen Kolonialtruppen fortzusetzen und gegen Madrid vorzurücken.



Republikanische Gegenrevolution

Nach Ausbruch des Bürgerkriegs übernahm Largo Caballero das Amt des Ministerpräsidenten. Bürgerliche Republikaner, Sozialisten und die kommunistische Partei bildeten die 1. Volksfrontregierung.

Revolution und Krieg oder: Erst Krieg, dann Revolution war (zugespitzt) der Widerspruch im republikanischen Lager (Tostorff). Die Volksfront wollte die Ordnung des bürgerlichen Staats wiederherstellen. An die Stelle der anarchistischen und POUM-Milizen sollte ein nach den alten militärischen Regeln organisiertes Volksheer treten. Die revolutionären Komitees sollten aufgelöst, die vergesellschafteten Betriebe und Güter wieder zurückgegeben werden. Ausgenommen davon sollten aber die Kirchengüter sein. Die Entmachtung der revolutionären Kräfte erfolgte bis zum Mai 1937 schleichend. Zunächst brauchte die Volksfront-Regierung die Milizen zur Verteidigung vor allem von Madrid. Dort zeigten sie ebenso wie die Internationalen Brigaden hohen Kampfgeist und Disziplin. Die Durruti-Kolonne (Anarchisten) erwarb sich legendären Ruf.

Vernichtung der POUM

Die "Partei der marxistischen Vereinigung" entstand 1935 aus dem Zusammenschluß zweier Gruppie- rungen, die aus der PCE als "linke" bzw. "rechte" Abweichler ausgeschlossen worden waren. Die "linken Kommunisten" und deren Sprecher Andreu Nin hatten mit der trotzkistischen Opposition in der Sowjetuni- on zusammengearbeitet. Nach der Rückkehr Nins nach Spanien traten aber zunehmend Differenzen auf. Der Zusammenschluß in der POUM bedeutete den endgültigen Bruch mit Trotzki. Die Anhänger der "linken Kommunisten" werden auf rd. 700 geschätzt.

Die Mitglieder des "Arbeiterund Bauernblock" (BOC) und sein Hauptsprecher Joaquin Maurín wurden wegen der Opposition gegen Sozialfaschismus-Theorie und spalterische Gewerkschaftspolitik 1928 aus der PCE ausgeschlossen. Die BOC hatte rd. 4.500 Mitglieder. Er stand der KPD O nahe und unterhielt regelmäßige Verbindung mit ihr.

Schwerpunkt der POUM war Katalonien. Hier vor allem beteiligte sich die POUM am Widerstand gegen den Putsch und arbeitete trotz grundsätzlicher politischer Meinungsverschiedenheiten eng mit der CNT zusammen. Das betraf auch die Einrichtung revolutionärer Komitees und die Vergesellschaftung von Betrieben und Landgütern.

Die Errichtung bürgerlicher Machtstrukturen (Autonomie-Regierung Kataloniens) und die Verlegung kasernierter Polizei (Zivil- und Sturmgarden) und von Einheiten des Volksheeres (siehe oben) konnte auch die POUM nicht verhindern. Die Revolutionskomitees wurden aufgelöst. Im Mai 1937 kam es zur Entscheidung.

Am 3. Mai griff die Polizei die Telefonzentrale Barcelonas an. Diese war seit dem Putsch von CNT-Milizen besetzt. Der Angriff wurde zurückgeschlagen. In der Stadt bauten Arbeiter, die CNT und POUM nahestanden, Barrikaden. Die Polizei geriet in die Defensive. Die Volksfront entsandte 5000 Mann kasernierte Polizei von der Jarama-Front. CNT

Pour

und POUM-Führung riefen daraufhin zum Abbruch der Kämpfe auf. Weiterer Widerstand wäre nur durch Abzug von Milizen von der Aragón-Front möglich gewesen. Das hätte aber diese Front für die Putschisten-Truppen geöffnet und wurde daher von CNT- und POUM-Führung abgelehnt. Obwohl die "Mai-Kämpfe" aus einer bewaffneten Auseinandersetzung zwischen Regierungs- und CNT-Truppen hervorgegangen waren, wurde hauptsächlich die POUM zum Ziel der Verfolgung, die vor allem von der PCE gefordert wurde. Ministerpräsident Largo Caballero lehnte ein Verbot ab. Er wollte keine Arbeiterpartei verbieten (Reventlow). Das führte zu seinem Sturz. An seine Stelle trat der rechte Sozialist Negrín.

Nun wurde die "faschistischtrotzkistische" (Tostorff) POUM verboten, ihr Vorstand verhaftet, ihre Division an der Aragon-Front aufgelöst, die Truppen auf andere Einheiten aufgeteilt. Nin (Maurín war schon 1936 von den Putschisten gefangen genommen worden) wurde in eine "Tscheka", ein Parteigefängnis der PCE im Haus des PCE-Führungsmitglieds Hidalgo de Cisneros (Tostorff) verbracht, dort verhört, vermutlich gefoltert und anschließend ermordet. Die praktische Auslöschung der POUM stand natürlich im Zusammenhang mit den "Säuberungen" und den Moskauer Prozessen in der Sowjetunion, bei denen jede/r der

"Abweichung" von stalinistischen Positionen Verdächtige mit dem Etikett "Trotzkist" versehen und verfolgt, meist getötet, wurde.

Die revolutionären Kräfte waren besiegt, entmutigt und ernsthaft geschwächt. Das war gleichzeitig eine Schwächung der Republik gegen die Putschisten.

Die Hilfe der Sowjetunion

Neben den erwähnten Lieferun- gen von leichten Waffen aus Mexiko und der Tschechoslowakei kam die weitaus meiste militärische Hilfe aus der UdSSR. Die folgenden Zahlenentnahm ich der Auflistung des bürgerlichen Historikers Hugh Thomas, der Berichte des

deutschen Militärattaches in Ankara auswertete. Es ist anzunehmen, daß der Diplomat Nazideutschlands die Zahlen eher über- als untertrieben hat. Das lag im Interesse der fa-

schistischen Mächte, die ihre eigene Einmischung vor der internationalen Nichteinmischungskommission (England, Frankreich, Deutschland, Italien, Sowjetunion) mit den sowjetischen Lieferungen rechtfertigen wollten.

Die Hilfslieferungen der UdSSR begannen relativ spät. Während die Putschisten von Anfang an von den faschistischen Staaten unterstützt wurden, kamen erst im September 1936 geringe Mengen Kriegsmaterial und Munition an. Im Oktober kamen die ersten 25 Flugzeuge. Die meisten Lieferungen erfolgten im Jahr 1937. 1938 gingen sie stark zurück. Insgesamt lieferte die Sowjet- union nach dieser Quelle bis März 1938 242 Flugzeuge, 731 Panzerwagen, 69.200 Tonnen allgemeines Kriegsmaterial, 29.125 Tonnen Munition; zudem Benzin, Sanitätsausrüstung und ähnliches. Qualität und Alter der Waffen und Geräte waren unterschiedlich. Bei Flugzeugen war die qualitative Differenz zu den neu entwickelten deutschen Kampfflugzeugen besonders groß.

Außerdem kamen 905 Offiziere und Mannschaften, teilweise Instrukteure und Flugzeugführer, aber auch Agenten der sowjetischen Geheimpolizei, die bei der Verfolgung der angeblichen Trotzkisten eine wichtige und leitende Funktion hatten.

Die Verteilung der Waffen war äußerst unterschiedlich. Anarchistische und frühere POUM-Milizen wurden so gut wie gar nicht bedacht, berichtet Waldemar Bolze (KPD O), der 1937 an der Huesca-Front bei einer POUM-Einheit kämpfte. Regimenter unter dem Einfluß der PCE wurden gut ausgestattet (Reventlow, Thomas u. a.). Waffen, Munition usw. wurden also nicht nach den Notwendigkeiten der einzelnen Frontabschnitte oder Truppenteile eingesetzt sondern nach politischen Prioritäten. Auch das minderte ihre Wirksamkeit. In der Endphase des Bürgerkriegs wurden die Lieferungen im wesentlichen eingestellt. Auch dies trug zum raschen Zusammenbruch der republikanischen Fronten bei.

Trotzdem bleibt die Waffenhilfe der UdSSR die bei weitem bedeutendste. Frankreich hatte zwar in den ersten Monaten nach dem Putsch Lieferungen und Freiwillige über die Pyrenäen gelassen, dann aber die Grenze gesperrt. Die bürgerlich demokratischen Länder Frankreich und England verweigerten der Republik die Unterstützung.

Daß sich die Sowjetunion zur Deckung der Kosten für die Lieferungen die Goldreserven der spanischen Nationalbank ausliefern ließ, wird von manchen kritisiert. Diese Kritik kann ich nicht teilen. Die UdSSR war ein vergleichsweise armes Land, der kostenlose Lieferungen sicher schwer gefallen wären. Außerdem: Wäre das Gold bei den Putschisten besser aufgehoben gewesen?

Bilanz der Volksfront

Der Bürgerkrieg war den linken bürgerlichen den sozialistisch/kommunistischen und anarchistischen Kräften aufgezwungen worden. Zunächst konnte das republikanische Spanien den Putsch auf die weniger besiedelten und industrialisierten Teile des Landes beschränken. Das lag nicht an der bürgerlich-republikanischen Regierung sondern an der Entfesselung der revolutionären Energie der Arbeiterklasse vor allem in Katalonien.

Die Putschisten konnten sich behaupten durch die massive militärische Unterstützung durch das faschistische Italien und Nazideutschland. Die Überlegenheit bei modernen Waffen konnte durch die Hilfe der Sowjetunion zwar abgemildert aber nicht ausgeglichen werden.

In dieser Situation mußte die Verfolgung der radikalen Linken, der POUM und teilweise der Anarchosyndikalisten, die entschiedensten Verteidiger der Republik schwächen. Was stand dem an Vorteilen im Kräfteverhältnis im republikanischen Lager gegenüber? Die bürgerlichen Republikaner hatten keinen militärisch wichtigen Anhang. Einzelne republikanische Beamte und Offiziere verweigerten zwar den Putschisten den Gehorsam, ein lebensgefährliches Unternehmen, doch das war auch alles. Es könnte eingewandt werden, daß Teile der Armee und Polizei, die sich den Putschisten nicht angeschlossen

hatten, die Hausmacht der Republikaner waren. Dagegen steht, daß diese Militärs in den Augen der Putschisten Verräter an Spanien waren. Diese Teile der Streitkräfte hatten von ihren ehemaligen Kameraden nichts zu erwarten als den Tod – viele fanden ihn in den Kämpfen und nach der Niederlage.

Das Kräfteverhältnis verschlechterte sich also für die Republik durch den Kampf gegen Links. Die Bindung der PCE und der sozialistischen Partei an die Bürgerlichen hatte zur Anwendung militärischer Gewalt gegen die Linke und zu deren Schwächung bzw. Vernichtung geführt. Vorteile im Krieg ergaben sich daraus nicht.

Was auf der linken Seite des politischen Spektrums verloren ging, wurde auf der rechten Seite nicht gewonnen.

Ein anderes Argument spricht gegen die Politik der Volksfront. Die republikanischen Truppen hatten zwar bedeutende Erfolge in der Defensive. Vor allem gelang die Verteidigung von Madrid. Dabei spielten Tapferkeit und Einsatzbereitschaft der Internationalen Brigaden, die dort zum ersten Mal in größerer Zahl zum Einsatz kamen, eine wichtige Rolle. Es gelang den republikanischen Armeen jedoch nie, über Anfangserfolge hinaus in die Offensive zu kommen. Kriege (auch Bürgerkriege) werden aber selten aus der Defensive heraus gewonnen. Was hätte näher liegen müssen als in die politische Offensive zu gehen. Das bedeutete neben der Fortentwicklung der sozialistischen Ansätze auf republikanischem Gebiet die Ausrufung einer Landreform, um die Landlosen in Südspanien zu gewinnen und die Entlassung spanisch Marokkos aus der kolonialen Unterdrückung. Solche Bündnisse hätten eine wohl entscheidende Stärkung der Republik bedeuten können. Doch das war der Volksfront aus Rücksicht auf die Bürgerlichen nicht möglich.

Natürlich gibt es keine Garantie dafür, daß diese politische Offensive zum militärischen Sieg geführt hätte. In der Geschichte gibt es keine Garantien. Verzicht auf die politische Weiterentwicklung der spanischen Widersprüche war aber der sichere Weg in die Niederlage.

"Was bleibt? Hilfe für Flüchtlinge" und Kampf "für eine bessere, gerechtere und menschliche Ordnung"

Die Familie Mann mit Ernst Toller und Willy Brandt im Spanischen Bürgerkrieg.

einrich Mann forderte am 7. August 1936 in der Llinksliberalen deutschen Exilzeitung die Demokraten der Welt auf, gegen "den Schlucker Franco" ... für die "spanische Freiheit zu kämpfen" (Pariser Tageszeitung, PTZ). Und als Präsident des Internationalen Schriftstellerkongresses lud er im Juli 1937 zum II. Kongress "Zur Verteidigung der Kultur" nach Spanien ein. Sein Bruder Thomas verfasste 1937 einen Aufruf für das Schweizer Arbeiter-Hilfswerk gegen die, die sich "Nationalisten" nennen und alles daran setzen, mit Franco "einem Gesinnungsgenossen zur Macht zu verhelfen...Es ist empörend, verbrecherisch und widerwertig" (Spanien. Menschen in Not, hrsg. von Anna Siemsen, Zürich 1937)

Seine Kinder, Erika und Klaus Mann, reisten als Berichterstatter der PTZ vom 2. Juli bis zum 18. August 1938 nach Spanien. Erika berichtete über Spaniens Kinder: "Das Schreckliche und das Ergreifende der spanischen Situation - nirgends wird es deutlicher als angesichts der Kinder. Die Tragödie des überfallenen Volkes, in den hungrigen Gesichtern der Kinder steht sie zu lesen, - aus ihren zerlumpten Kleidchen spricht sie, und sie bestürmt unsere Herzen..." Klaus Mann kam in Kontakt mit gefangenen deutschen Fliegern der Legion Condor und hielt in seinem Spanischen Tagebuch fest: "Wie fremd sind uns unsere Brüder geworden! - empfand ich mit Schmerz." (PTZ)

Ihr gemeinsamer Freund und Mitstreiter Ernst Toller fügte seinem Tagebuch ab Ende Juli 1938 in Barcelona "Stichworte eines Scheiterns" hinzu: "Was bleibt? Hilfe für Flüchtlinge. 400.000 in Frankreich. Traum und Wirklichkeit." Als seine verzweifelten, rastlosen Bemühungen um eine Hilfsaktion für Spanien mit Hilfe der demokratischen Staaten in Europa zu scheitern drohten, nahm sich der engagierte Gegner des Faschismus am 22. Mai 1939 in New York das Leben.

Zu denen, die trotz aller Enttäuschungen weiter für die Freiheit in Spanien kämpften, gehörte Willy Brandt. Der damals 24Jährige Lübecker hielt sich ab Februar 1937 in Barcelona auf, wo er als Verbindungsmann der SAP den Kontakt zu den Linkssozialisten der Partei der marxistischen Einigung (POUM) pflegte. Zusätzlich arbeitete er als Beauftragter der norwegischen Spanienhilfe und als Korrespondent für die norwegische Presse in Spanien. Nach der von den Kommunisten im Mai/Juni 1937 initiierten Verhaftungswelle der als Trotzkisten diffamierten POUM-Anhänger reiste Brandt nach Paris, um vor der erweiterten SAP-Parteileitung über die Situation im Spanischen Bürgerkrieg zu berichten. Brandt warnte davor, wegen der blutigen Maiwoche von 1937 in Barcelona und der Moskauer Säuberungen die Einheitsfront der Linken zu ändern: "Jetzt erst recht müssen wir zum vordersten Bannerträger der Einheit werden".

Brandt griff dabei auf seine Erfahrungen in Deutschland zurück. Denn ab Mitte September 1936 hatte er sich illegal für drei Monate in Berlin aufgehalten – als Student getarnt mit einem norwegischen Pass auf dem Namen Gunnar Gaasland. Unter dem Berliner SAP-Decknamen "Martin" schrieb Brandt im November 1936 nach Paris: Die Voraussetzungen für die Zusammenarbeit und

Einheit in Berlin seien gut, weil alte Abgrenzungen bereits abgetragen wären. Stärkste Gruppe bleiben die KP-Anhänger. Wichtig aber sei, das organisatorische Wachstum der Einheit und die Aufrechterhaltung innerer Demokratie weiter zu fördern. In der "Marxistischen Tribüne", dem Exilorgan der SAP, vom März 1937 fasste Willy Brandt die Erfahrungen der "illegalen Kampffront" in Berlin im Vergleich mit Spanien zusammen, um diese an die SAP-Kader im Exil weiter zu vermitteln. Die "Nüchternheit" der illegalen Arbeit im Inland konfrontiert er mit der Warnung vor der Überbetonung von "Ismen" unter den Exilvertretern: "Denkt immer daran, dass für den einfachen Menschen das Leben nicht nur aus "Ismen' besteht, sondern aus Essen, Schlafen, Fußballspielen, Kanarienvögeln, Schrebergarten und anderen schönen Dingen. Und vergesst nicht, dass es Lenin war, der vorschlug, mit der Forderung nach 'Teewasser' Leben in den Betrieben auszulösen. Wir müssen lernen, nicht immer von der hohen Politik zu reden, sondern zu ihr den Weg durch das jeweilige Teewasser zu bahnen." (Berliner Ausgabe, Bd.I,.242-264)

Eine Minderheit um Paul Frölich und Walter Fabian folgte Brandts Analyse nicht. Sie verurteilten die Politik Stalins. Sie wurden aus der SAP ausgeschlossen und gründeten die Gruppe "Neuer Weg". Die Folgen des spanischen "Bürgerkriegs im Bürgerkrieg" (Broué) spalteten fortan die Anhänger der europäischen Volksfront gegen Hitler. Und das betraf auch prominente Kommunisten, die mit Willy Münzenberg verfolgt und ermordet wurden – als Folge der Konflikte im Spanischen Bürgerkrieg,

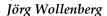
dem "Säuberungen" in der UdSSR vorausgingen und die im "Hitler-Stalin-Pakt" kulminierten. Und es war zugleich die Tragödie der Antifaschisten jenseits der beiden Hauptrichtungen der Arbeiterbewegung, dass sie ab 1936 mit ihren Initiativen in Deutschland (unter erschwerten Bedingungen des NS-Terrors) und in Westeuropa (unter den besseren Voraussetzungen, Volksfront-Regierungen in Frankreich und Spanien) nicht nur an der Politik der Komintern scheiterten. Sie verzweifelten auch an der Politik der Exil-SPD und der Sozialistischen Arbeiter-Internationale. Und als die beiden "feindlichen Brüder" endlich arbeitsfähige Ausschüsse zur Vorbereitung einer deutschen Volksfront eingerichtet hatten, mussten sie sich im Herbst 1936 neben dem Terror und der Kriegsvorbereitung der NS-Diktatur zusätzlich mit den "Moskauer Schauprozesse" auseinandersetzen; Prozesse, dem neben der Hinrichtung führender Köpfe der Gründergeneration der SU auch die Füsilierungen der als Trotzkisten diffamierten Mitglieder der POUM im Spanischen Bürgerkrieg folgten. Die mit ihnen kooperierende Zwischengruppen der SAP oder KPO wurden erneut als Renegaten diffamiert. Und dann kam noch dazu das Abkommen der Todfeinde, der Nichtangriffspakt vom 23. August 1939, dem der "Freundschaftsvertrag", der Hitler-Stalin-Pakt vom 28. September 1939 folgte. Dazu schrieb der Altkommunist Hermann Duncker aus Moskau am 13.Oktobr.1939 an Frau und Sohn in den USA: "Ich bin entsetzt über die neuen Verhandlungen Hitler-Stalin! Nie hielt ich das für möglich! Das man auch das noch erleben muß! Bei aller 'Dialektik' kann ich nicht mehr mit. Nie und nimmer kann man einen Sozialismus auf den Hitlerismus aufbaue! Pfui Teufel!- Ich habe eine solche Wendung nicht für möglich gehalten. Dafür reicht mein Verstand nicht aus!" ...Die Hitler-Pakt-Kommunisten von 1939 sind beinahe das Gegenstück zu den Regierungssozialisten von 1914. Aber noch viel monströser" (BA Berlin: SAPMO NY4445151).

Bündnisse der Antifaschisten waren von nun an in der Regel nur noch jenseits der Parteizentralen und eher punktuell möglich. Denn welcher bürgerliche Antifaschist, Pazifist, Anarchist, Sozialist oder Sozialdemokrat sollte Zutrauen zum Bündnisangebot von Kommunisten haben, deren Zentrale in Moskau der freien Welt eine "Parteisäuberung" als Terror mit Massenexekutionen vorführte und politische Emigranten verfolgte, sie zu entblößender Selbstkritik veranlasste oder in den Selbstmord trieb?

Einer der umstrittensten Personen dabei war Walter Ulbricht. Er setzte den Führungsanspruch der Moskauer Gruppe auch gegen die eigenen Genossen um Franz Dahlem und Willi Münzenberg durch, den Sekretär des Pariser Vorbereitungsausschusses zur Gründung einer Volksfront. Selbst der vornehme Heinrich Mann charakterisierte den auf Liquidation der Volksfront orientierten Walter Ulbricht am 29. Oktober 1937 in dem Brief an Lion Feuchtwanger als "ein vertracktes Polizeigehirn". Er "sieht über seine persönlichen Intrigen nicht hinaus, und das demokratische Verantwortungsgefühl, das jetzt erlernt werden muss, ist ihm fremd."

Der durch Ulbricht entmachtete Willy Münzenberg hielt am 8. März 1938 seine Eindrücke über das Scheitern der Volksfrontbewegungen im Exil brieflich in einem Schreiben an die langjährige, in Ahrensbök geborene Lebensgefährtin von Heinrich Mann fest: "Nie war jedenfalls der Gegensatz zwischen deutschen Kommunisten und Sozialisten so groß wie jetzt. Obendrein schürt man täglich die Gegensätze. Glauben Sie mir, ohne menschliche Treue und ohne Wahrhaftigkeit geht es nicht. Die Deutschen müssen erst lernen untereinander die Treue zu halten, ehe sie dazu übergehen können, die Massen aufzurufen, ihnen treu zu sein. Ich befürchte, dass auf lange Zeit ernsthaft Einheitsbestrebungen unfruchtbar geworden sind. Ich sprach hier lange Zeit mit Feuchtwanger, der sich reizend benahm und mir jede Hilfe und Unterstützung anbot...Bitte schreiben Sie mir bald, welcher Tag Ihnen und Heinrich am besten passt", um das Glück noch einmal in Monte Carlo herauszufordern".

Auch das Glückspiel konnte von den verhängnisvollen Folgen dieser Politik bis heute nicht ablenken: Denn 1936/37 wurde in Spanien und in Moskau der "doppelte Dissident" geboren, der keinen Unterschied mehr zwischen Hitler und Stalin kannte. "Wir mussten uns noch einmal entscheiden", notierte dazu Peter Weiss in seinen Notizbüchern von 1971-1980: "Wir mussten uns entscheiden Zwischen zwei Schrecklichkeiten zogen wir die eine vor, die vielleicht noch einen Ausweg, eine Möglichkeit zur Verbesserung enthielt. Starr vor Schrecken mußten wir unsere Wahl treffen - doch ich verstand Hodann, der sich von dieser Partei (KPD) abwandte" (1981, S.723).





Die Ausstellung kommt evtl. im Januar/Februar 2017 auch nach Nürnberg, bitte beim DGB-Nürnberg nachfragen.

Leonhard Kossuth: ... aber der Wagen, der rollt.

Literatur- und Zeitgeschichtliches in hundertzwanzig Rezensionen

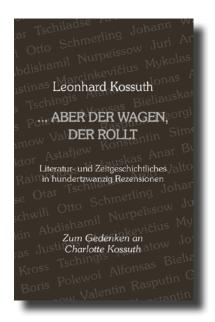
ie Feststellung der Rezensentin über das mit den Buchpublikationen von Leonhard Kossuth bestdokumentierte und -beschriebene legendäre DDR-Verlagshaus Volk und Welt (vgl. "Arbeiterstimme" Nr. 182, Winter 2013, S. 27 f. und Nr. 185, Herbst 2014, S. 27)) wird mit Erscheinen dieses Bandes noch einmal nachdrücklich unterstrichen. Nunmehr kann sich der Leser über die von L. K. über Jahrzehnte verantwortete und maßgeblich gestaltete "Außenwirkung" seines Lektorats Sowjetliteratur ein sehr facettenreiches Bild machen. L. K. hat diesen Band seiner 2014 verstorbenen Frau Charlotte gewidmet. Insofern ist dies auch ein sehr persönliches Buch. Einen Gutteil ihres Lebens - bis ins hohe Alter - war Ch. K. eine unwandelbare professionelle Mitstreiterin ihres Mannes, hat sie als begnadete Übersetzerin aus dem Russischen in wunderbarer Weise dafür gewirkt, dem DDR-Leser u. a das Oevre solcher literarischer Größen wie Tschingis Aitmatow und Daniil Granin zu erschließen.

Der Band lebt von Materialien über Entwicklungen und Prozesse in der einstigen Sowjetunion - künstlerisch erfaßt, gespiegelt, dargestellt, manchmal überhöht, manchmal verstörend, von schon bekannten und anerkannten Meistern des Wortes oder eben die Bühne der Literatur Betretenden und literaturkritisch sowie in Übersetzung für die Öffentlichkeit (in der DDR) aufbereitet. Ihre Bedeutsamkeit und Relevanz ist infolge der gesellschaftlichen Umwälzungen seit dem Zerfall der Union, wie umgekehrt, auch durch das Verschwinden der DDR, also des "Rezipienten", in einem analogen Vorgang Geschichte geworden. Eine Tatsache, die den Vf. mit seinem scharfen Blick für historische wie aktuelle Geschehnisse permanent beschäftigt und das Entstehen dieses Bandes gleichsam begleitete. Was L. K. auch immer wieder seinen Lesern vermittelt (z. B. das Nachdenken über die aktuellen Ereignisse in den früheren baltischen Sowjetrepubliken, einst einem besonders üppig sprudelnden Quell literarischer Neuentdeckungen - die psychologischen Romane der Litauer Mykolas Skuckis oder Justinas Marcinkevicius zum Beispiel, seinerzeit von Volk und Welt sogleich für die DDR "entdeckt"). So gesehen hat der Band faktisch den Charakter einer Publikation historischer Quellen, deren Haupterzeuger eben der Vf. ist. Er hat durch seine rastlose Rezensententätigkeit, Literaturpropaganda im besten Wortsinne, für ein wertvolles Konvolut gesorgt, das - welch ein Glücksumstand! - nicht in einem Archiv abgelegt, sondern hier nun in Buchform der literaturinteressierten Öffentlichkeit anvertraut wurde.

Namentlich sei auf Kossuths fast anderthalb Jahrzehnte währende regelmäßige Medienpräsenz als "Kritiker am Mikrophon" (1973 bis 1987, Radio DDR II; Nachdruck der Beiträge größtenteils in der Berliner Zeitung) verwiesen. Das Ergebnis: über 60 Beiträge von je etwa 31/2 Druckseiten, in denen die deutsche Ausgabe (zumeist von Übersetzern des Volk- und-Welt-Verlags) soeben entstandener oder bereits "gestandener" Werke von Autoren aus der multinationalen Sowjetunion besprochen werden. Und zwar dergestalt, daß der Leser - freilich mit einem hohen geistigen Anspruch - jedes Mal eine kleine "Literaturgeschichte" geboten bekam. Mühelos kann man über 100 Autoren herausfinden - von Fjodor Abramow und Wassil Bykau über Paul Kuusberg, Valentin Rasputin, Juri Rytcheu bis Otar Tschiladse und Arvo Valton. Über sie wird auf diese Weise Kenntnis gegeben: über das gesellschaftliche Sein, das sie umgab, das sie beschrieben, über ihren Schaffensprozeß mit all seinen Problemen,

ihre Einordnung in kulturelle Entwicklungen, über Bezüge zur nahen und ferneren historischen Vergangenheit. Für K. bot sich - davon kann man wohl ausgehen - mit dieser medienmäßigen Einbindung eine großartige Möglichkeit, seine Intentionen, sein Maßstäbe setzendes Mitwirken an der verlegerischen Rezeption literarischer Werke aus der nationalen Vielfalt sowjetischer Literatur, so wie sie sich im damaligen zeithistorischen Umfeld mit all ihren Widersprüchen entfaltete, für das Lesepublikum in seinem Land erlebbar zu machen, das ja für ähnliche oder gleichartige gesellschaftliche Ziele stand.

Der Vf. bekennt, daß er für sich nicht Anspruch nimmt, "die Multinationalität der Sowjetliteratur... entdeckt zu haben", es ihm aber in seiner verlegerischen Methodik explizit um die "Erschließung der Nationalliteraturen der UdSSR" ging, darin eingeschlossen die Kenntnisnahme der jeweiligen Geschichte und kulturellen Spezifik. Und – als Methodik - die zielgerichtete Recherche. Es fällt nicht schwer, diese Grundsätze in den genannten Rundfunkrezensionen und gleichgearteten Texten nachzuvollziehen. Auch unter den veränderten historischen Bedingungen, aus der Persektive einer tiefgreifenden Niederlage aller Versuche, neue gesellschaftliche Verhältnisse schaffen zu wollen, ist K. diesem Credo verpflichtet geblieben. Immer und immer wieder meldet er sich mit informativen publizistischen /literaturpublzistischen Beiträgen, stellt Bezüge zu literarischen Erwartungen der jüngsten Vergangenheit her, gibt - aus seinem reichen Erfahrungsfundus und den noch immer intensiven freundschaftlichen Verbindungen zu Literaturschaffenden in Rußland und selbständigen Nachfolgerepubliken wie Kasachstan und Kirgisistan schöpfend - Denkanstöße und ganz einfach Mitteilung. Seine Beiträge in



linksorientierten Schriftenreihen wie "Blättchen" und "Ossietzky", gleichfalls hier veröffentlicht und bis an den Anfang des laufenden Jahres reichend, künden vom Wirken des einstigen Verlegers, Herausgebers, des Übersetzers und Nachdichters. Auch mit dem vorliegenden Buch nimmt er Bewahrenswertes vor dem Vergessen (und Verfälschen!) in Schutz. Man sollte es unbedingt im Kontext

Impressum:

Verantwortlich im Sinne des Presserechts: Thomas Gradl, Bucherstr. 20, 90408 Nürnberg, Druck: Eigendruck im Selbstverlag. Verleger, Zuschriften: Thomas Gradl, Postfach 910307 90261 Nürnberg e-Mail: redaktion@arbeiterstimme.org www.arbeiterstimme.org

Bankverbindung: Hans Steiger, Postbank München, BLZ 700 100 80, Konto: 665924-808. Für Überweisungen aus dem Ausland: Iban: DE 85 7001 0080 0665 9248 08 BIC PBNKDEFF

Die Arbeiterstimme erscheint viermal im Jahr. Abonnement und Geschenkabonnement kosten 13.- € (einschließlich Versandkosten). Über Förderabonnements (ab 20.- €. aufwärts) sind wir sehr erfreut. Den Betrag bitten wir, jeweils am Jahresanfang zu überweisen. Rechnungserstellung erfolgt aus Kostengründen in der Regel nicht, sondern nur auf Wunsch. Die Abonnements können zum Jahresende gekündigt werden. Falls die Bezahlung des Abonnements eine Belastung darstellt (z.B. aus sozialen Gründen), schicken wir die Arbeiterstimme auch kostenlos zu. An

mit den vorangegangenen Publikationen aus seiner Feder, die ja alle das legendäre DDR-Verlagshaus Volk und Welt aus der Sicht dieses Akteurs betreffen, zur Kenntnis nehmen.

Sonja Striegnitz

Leonhard Kossuth: ... aber der Wagen, der rollt.

Literatur- und Zeitgeschichtliches in hundertzwanzig Rezensionen Zum Gedenken an Charlotte Kossuth. NORA Verlagsgemeinschaft. Berlin 2015.612 Seiten. 36,00 Euro.

Anzeige

Die Bremer Linksradikalen



Aus der Geschichte der Bremer Arbeiterbewegung bis 1920

Bremen 1980, 65 Seiten, Broschur, 1,50 €

Bestelladresse:

T. Gradl, Postfach 910307 90261 Nürnberg

oder: redaktion@arbeiterstimme.org

Tausch-Abos mit anderen Zeitschriften sind wir interessiert, bitte schickt uns ein Probeexemplar. Die inhaltliche Mitarbeit bei der Arbeiterstimme ist erwünscht: Die Redaktion behält sich aber das Recht vor, Artikel abzulehnen, zu ändern oder zu kürzen. Helft mit, die Arbeiterstimme zu verbreiten! Schickt uns Adressen von politisch interessierten Menschen, denen wir die Arbeiterstimme probeweise zuschicken können.

Nachdruck nur mit Einverständnis der Redaktion (außer bei politisch nahestehenden Organisationen) und gegen Zusendung von Belegexemplaren.

Arbeiterstimme

Zeitschrift für marxistischeTheorie und Praxis

4x im Jahr, pro Heft € 3.- / Abo € 13.-Aus dem Inhalt der letzten Nummern:

Nr. 192 Sommer 2016, 44 S.

- Union-Busting Lügen, bespitzeln zermürben...
- 70 Jahre atomare Bedrohung, Teil III
- Unsere Frühjahrsseminar
- Die Krisen Europas
- Türkei ein idealer Feind und Partner
- Presse, Meinungsfreiheit und die Information als Ware
- Österreich: Hofer verhindert die FPÖ bleibt!
- Gewaltlosigkeit und Klassenkampf, Rezension

Nr. 191 Frühjahr 2016, 44 S.

- Zu aktuellen innen- und europolitischen Tendenzen
- Gedanken zum Syrienkonflikt
- Syrien Geschichte und Gesellschaft
- Syrien Religionen
- Eine andere Sicht auf die "Flüchtlingsfrage"
- Theodor Bergmann: Mit 100 immer noch ein Kämpfer
- Die Parlamentswahlen in Polen
- Politische Entwicklungen in Griechenland

Nr. 190 Winter 2015, 36 S.

- Industrie 4.0
- Unsere Jahreskonferenz
- Türkei Massaker und Staatsterror
- Türkei Aufstand der Automobilarbeiter
- Pegida, AfD Sie hetzen weiter
- 70 Jahre atomare Bedrohung, Teil II
- Zwischen Willkommenskultur und Hassparolen

Nr. 189 Herbst 2015, 36 S.

- Griechenland vor einem neuen "Hilfspaket"
- 70 Jahre atomare Bedrohung, Teil I
- Wie der Kommunismus nach China kam, Teil I
- Das Handelskapital der Hansestädte auf Raubzügen im Osten

Bestellungen bitte an:
Gruppe Arbeiterstimme
T. Gradl, Postfach 910307
90261 Nürnberg
Probehefte versenden wir gratis!

Arbeiterstimme

www.arbeiterstimme.org

Der spanische Bürgerkrieg



Die Niederlage der spanischen Republik 1939 war eine Niederlage für die spanische und internationale Arbeiterbewegung und ist bis heute Thema ungezählter Bücher.

Die Aufsätze in dem vorliegenden Buch sind erstmalig in der *Arbeiterstimme* in den Ausgaben September 1986 bis Oktober 1987 veröffentlicht und später in einer

Broschüre zusammengefasst worden.

Uns war es wichtig diese längst vergriffene Broschüre mit einigen Ergänzungen neu aufzulegen.

Denn es handelt sich um eine der seltenen Darstellungen der Ereignisse in Spanien aus der Sicht der KPO (Kommunistische Partei – Opposition), bzw. der sich in diese Tradition stellenden Gruppe. Die Position dieses Teils der Arbeiterbewegung wird in der bis heute andauernden Diskussion kaum zur Kenntnis genommen. Im Anhang werden einige Diskussionsbeiträge aus unserer Zeit dokumentiert. Die Kämpfe in Barcelona im Mai 1937, und die Kontroverse um den "Fall Maurin" werden unter Verwendung erst jetzt zugänglicher Materialien dargestellt.

Wir sehen dieses Buch auch als einen Beitrag zur Diskussion über eine der Ursachen, die zur weltweiten Niederlage der Arbeiterbewegung und der Ansätze zum Sozialismus geführt haben.

240 Seiten, Paperback, 12,– € ISBN 3-00-010296-5 Herausgegeben von der *Gruppe Arbeiterstimme*

Heinrich Brandler
Eine politische Biographie

510 Seiten, Paperback, 20,– € ISBN 3-87975-767-4

Silke Makowski

"Helft den Gefangenen in Hitlers Kerkern" Die Rote Hilfe Deutschlands in der Illegalität ab 1933



Der antifaschistische Widerstand der Roten Hilfe Deutschlands (RHD) ist bisher weitgehend unbekannt, obwohl sich Zehntausende AktivistInnen aus verschiedenen sozialistischen Strömungen daran beteiligten. Spendensammlungen für die politischen Gefangenen, interner Zeitungsverkauf sowie Flugblattverteilungen gegen den NS-Terror fanden selbst in kleineren Orten statt, während in größeren Städten noch über Jahre hinweg ein gut organisierter illegaler Apparat existierte, der die Arbeit der Basiszellen koordinierte. Durch internationale Kontakte konnten weltweite Freilassungskampagnen initiiert und die Flucht von Verfolgten organisiert werden. Zahllose Rote HelferInnen wurden für ihren Widerstand zu hohen Strafen verurteilt, und viele von ihnen wurdenvon den Nazis ermordet.

Die Broschüre zeigt die Bandbreite des Widerstands der Roten Hilfe gegen den NS-Terror auf und regt durch viele Beispiele aus verschiedenen Städten und Regionen zur eigenen Spurensuche vor Ort an.

Schriftenreihe des Hans-Litten-Archivs zur Geschichte der Roten Hilfe – Band I DIN A 4, 120 Seiten, 7,– Euro ISBN 3-9809970-4-9



624 Seiten, Paperback, 20,– € ISBN 3-87975-836-0

Bestelladresse:

T. Gradl, Postfach 910307 90261 Nürnberg oder:

redaktion@arbeiterstimme.org